



NIEDERSCHRIFT NR. 2

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates am **22.03.2018**

Beginn: 18.00 Uhr, Ende 20.00 Uhr

in 79427 Eschbach, Castellsaal

Anwesend:	Mario Schlafke	Bürgermeister	Vorsitzender
	Michael Isele	GRat	
	Dieter Maier	GRat	
	Claudia Olczak	GRätin	
	Michael Riesterer	GRat	
	Lionel Calon	GRat	
	Claudia Geisselbrecht	GRätin	
	Martin Suger	GRat	Ab 19.15 Uhr
	Susanne Tegel	GRätin	
	Manfred Bläse	GRat	
Verwaltung:	Elke Müller	HAL	Schriftführerin
	Sabine Werner	RAL	
Sonstige:	Klaus Heckle	Musik & Mensch	Zu TOP 6
Entschuldigt:	Heiko Schrauber	GRat	

Bürgermeister Mario Schlafke begrüßt die Anwesenden zur 2. öffentlichen Sitzung des Gemeinderates im Castellsaal in Eschbach.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Gremiumsmitglieder zur Verhandlung durch die Einladung vom 14.03.2018 ordnungsgemäß geladen wurden. Am 14.03.2018 wurden Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung ortsüblich bekannt gemacht.

Da mit derzeit 9 Gremiumsmitgliedern mehr als die Hälfte der 11 ordentlichen Gremiumsmitglieder zum Sitzungsbeginn anwesend sind, wird die Beschlussfähigkeit grundsätzlich festgestellt.

Als **Urkundspersonen** werden Dieter Maier und Michael Riesterer ernannt.

Es bestehen keine Fragen oder Anträge zur Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert Bürgermeister Schlafke an die Verdienste des verstorbenen Gemeinderates Dr. Wolfgang Burget und bittet die Anwesenden sich zu einer Gedenkminute zu erheben.

Tagesordnung

Für die am Donnerstag, 22. März 2018 um 19.00 Uhr

im Castellsaal stattfindende **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates.

- TOP 1 Einwohnerfragen
- TOP 2 Bekanntgaben von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen
- TOP 3 Auflegung der Niederschrift über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates am 14.12.2017 und am 25. 01.2018
- TOP 4 Nachrücken von Herrn Martin Suger in den Gemeinderat;
Beschlussvorlage Nr. 2018-017
- TOP 5 Neubesetzung der beschließenden Ausschüsse der Gemeinde Eschbach;
Beschlussvorlage Nr. 2018-018
- TOP 6 Antrag der Musik & Mensch gGmbH auf einen Zuschuss der Gemeinde Eschbach;
Beschlussvorlage Nr. 2018-016
- TOP 7 Grundsatzbeschluss zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) bei der Gemeinde Eschbach zum 01.01.2020;
Beschlussvorlage Nr. 2018-013
- TOP 8 Errichtung der Anstalt ITEOS durch Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT am 01.07.2018
Beschlussvorlage Nr. 2018-008
- TOP 9 Bausache:
Antrag auf Neubau von zwei Doppelhaushälften mit jeweils einer Einliegerwohnung, In den Winkelmatten 3 und 5;
Beschlussvorlage Nr. 2018-012
- TOP 10 Bausache:
Antrag auf Anbau eines Wintergartens an ein bestehendes Wohnhaus, Flst.Nr. 4643/3, Hauptstr. 89a;
Beschlussvorlage Nr. 2018-019
- TOP 11 Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 12 Anfragen an die Verwaltung
- TOP 13 Einwohnerfragen

gez. Mario Schlafke
Bürgermeister

Bürgermeisteramt * Hauptstraße 24 * 79427 Eschbach

I.

«Feld1»
«Feld3» «Feld6» «Feld4»
«Feld7»
«Feld8» «F10»

Abteilung Haupt- und Ordnungsamt
Bearbeiter Elke Müller
Fon 0 76 34 / 5504- 14
Fax 0 76 34 / 5504- 55
E-Mail mueller@gemeinde-eschbach.de
Web www.gemeinde-eschbach.de
Facebook @RathausEschbach

Unser Zeichen 022.30
Ihr Zeichen -
Ihre Nachricht -

Eschbach, 14. März 2018

Einladung zur 2. öffentlichen und zur 2. nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, 22. März 2018

Sehr geehrter «Feld2» «Feld5»,

zu der am Donnerstag, 22. März 2018 um 19.00 Uhr im Sitzungssaal des Castells stattfindenden öffentlichen und der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates lade ich Sie herzlich ein.

Nach § 34 Abs. 3 GemO sind Gemeinderäte verpflichtet, an der Sitzung teilzunehmen.

Die Tagesordnung und die Beschlussvorlagen liegen dieser Einladung bei. Die Niederschriften zur öffentlichen Sitzung vom 14.12.2017 und vom 25.01.2018 wurden vorab per E-Mail verschickt.

Bitte beachten Sie, dass die Sitzung wegen der umfangreichen Tagesordnung ausnahmsweise schon um 19.00 Uhr beginnt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mario Schlafke
Bürgermeister



Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 8 Gemeinderäte	Schriftführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	

TOP 1

Einwohnerfragen

Frau Suger möchte wissen, warum in den KiTas die Regelgruppe abgeschafft wurde, ohne dass eine Elternumfrage zu diesem Thema stattgefunden habe, bzw. ohne dass der Elternbeirat beteiligt worden sei.

BM Schlafke berichtet von den Gesprächen mit der KVJS, die dringend empfohlen hatte, das Angebot in den KiTas auf zwei Betreuungsformen zu reduzieren. Das bis dahin bestehende Angebot für eine Gemeinde in der Größenordnung Eschbachs sei kaum zu bewältigen.

Das Betreuungsangebot wurde daraufhin auf Basis der Anmeldungen für das kommende Kindergartenjahr entsprechen angepasst. Im Übrigen sei er nicht der Auffassung, dass die Anpassung des Betreuungsangebotes durch die Eltern zustimmungspflichtig, bzw. mitwirkungsbedürftig sei.

Frau Suger erläutert, dass es ihr konkret darum gehe, dass das nachmittägliche Angebot wegen der Streichung der Regelgruppe ihrer Meinung nach nicht mehr ausreichend sei.

BM Schlafke erläutert nochmals, dass die Anpassung aufgrund des bei der Verwaltung bekannten Bedarfs erfolgt sei.

Frau Hobler bedankt sich bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für die gelungene Containerlösung, die von innen ein sehr schönes Raumgefühl bieten.





NIEDERSCHRIFT

Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 8 Gemeinderäte	Schriftführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	

TOP 2

Bekanntgaben von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 08. März 2018 wurden folgende nichtöffentliche Beschlüsse gefasst:

- Frau Lena Strittmatter wird zum 01.09.2018 unbefristet in S8a TvöD SuE eingestellt.

Außerdem wurde vom 14.-22. Februar ein **elektronisches Verfahren nach § 37 (1) GemO** durchgeführt. Gegenstand des Elektronischen Verfahrens war die

„Planungsvereinbarung zwischen den Kommunen und der DB Netz AG sowie Kooperationsvereinbarung zwischen den beteiligten Kommunen zur Vermeidung von Hochwasserschutzmaßnahmen an der geplanten Bahntrasse im PfA 8.3 und 8.4 als Beitrag der Region zur Sicherung der überwiegend in Tieflage geführten Bürgertrasse.“

Nachdem bis zum Ende der Frist am 22.02.2018 von keinem Gemeinderat Widerspruch eingelegt wurde, gilt der Beschlussvorschlag als angenommen:

- Der Gemeinderat beschließt, der Planungsvereinbarung der Kommunen mit der DB Netz AG (Anlage) und der Kooperationsvereinbarung mit den anderen beteiligten Kommunen (Anlage) zuzustimmen.





NIEDERSCHRIFT

Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 8 Gemeinderäte	Schritfführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	

TOP 3

Auflegung der Niederschrift über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates am 14.12.2017 und am 25.01.2018

1. Beschlussantrag:

Den Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates am 14.12.2017 und am 25.01.2018 wird zugestimmt.

2. Aussprache:

Es wird keine Aussprache gewünscht.

3. Beschlussfassung:

Abstimmung (§ 37 Abs. 6 GemO)	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
offen: <input checked="" type="checkbox"/> geheim: <input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	0

4. Beschluss:

Den Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates am 14.12.2017 und am 25.01.2018 wird zugestimmt.





Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 8 Gemeinderäte	Schriftführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	022.133

TOP 4

Nachrücken von Herrn Martin Suger in den Gemeinderat

1. Beschlussantrag:

Es wird festgestellt, dass kein Hinderungsgrund für den Eintritt von Herrn Martin Suger in den Gemeinderat vorliegt.

2. Aussprache:

BM Schlafke erläutert den Sachverhalt und verweist im Übrigen auf die Beschlussvorlage Nr. 2018-017.

Er verpflichtet Martin Suger, der die Verpflichtungsformel nachspricht und unterzeichnet. Die Verpflichtung wird zur Niederschrift genommen.

3. Beschlussfassung:

Abstimmung (§ 37 Abs. 6 GemO)	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
offen: <input checked="" type="checkbox"/> geheim: <input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	0

4. Beschluss:

Es wird festgestellt, dass kein Hinderungsgrund für den Eintritt von Herrn Martin Suger in den Gemeinderat vorliegt.



Niederschrift über die Verpflichtung von Herrn Martin Suger in der Gemeinderatssitzung 22.03.2018

Herr Martin Suger wurde nach § 32 GemO in seiner ersten Gemeinderatssitzung von Bürgermeister Mario Schlafke auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten verpflichtet:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Der Text wurde nachgesprochen und die Verpflichtung vom Bürgermeister per Handschlag abgenommen.

Eschbach, 22.03.2018


Mario Schlafke, Bürgermeister




Martin Suger, Gemeinderat

4. Beschlussvorschlag:

Es wird festgestellt, dass kein Hinderungsgrund für den Eintritt von Herrn Martin Suger in den Gemeinderat vorliegt.

Eschbach, 13.03.2018



Mario Schlafke
Bürgermeister



Elke Müller
Hauptamtsleiterin



Sabine Werner
Rechnungsamtsleiterin



Gremium: Gemeinderat öffentlich:
Sitzung: 22.03.2018 nichtöffentlich:
Anwesend: Bürgermeister und 9 Gemeinderäte Schriftführerin: Elke Müller
Vorsitzender: Bürgermeister Mario Schlafke Aktenzeichen: 023.210

TOP 5

Neubesetzung der beschließenden Ausschüsse der Gemeinde Eschbach

1. Beschlussantrag:

Die beschließenden Ausschüsse werden wie folgt besetzt:

Mitglieder Verwaltungsausschuss

Ordentliches Mitglied

Persönlicher Stellvertreter

1. Mario Schlafke, Bürgermeister

1. gewählter Stellvertreter im Amt

2. _____

2. _____

3. _____

3. _____

4. _____

4. _____

5. _____

5. _____

6. _____

6. _____

Mitglieder Ausschuss Gewerbepark Breisgau

Ordentliches Mitglied

Persönlicher Stellvertreter

1. Mario Schlafke, Bürgermeister

1. gewählter Stellvertreter im Amt

2. _____

2. _____

3. _____

3. _____

4. _____

4. _____

5. _____

5. _____

6. _____

6. _____

2. Aussprache:

BM Schlafke trägt den Sachverhalt vor und verweist im Übrigen auf die Beschlussvorlage Nr. 2018-18.

Die Gremiumsmitglieder sind sich darüber einig, dass Herr Martin Suger in den beiden beschließenden Ausschüssen an die Stelle des verstorbenen Dr. Wolfgang

Burget nachrückt. Die übrigen Mitglieder der Ausschüsse sollen im Wege der Einigung wiederbesetzt werden.

3. Beschlussfassung:

Abstimmung (§ 37 Abs. 6 GemO)	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	0
offen: <input checked="" type="checkbox"/>	Enthaltungen:	0
geheim: <input type="checkbox"/>		

4. Beschluss:

Die beschließenden Ausschüsse werden wie folgt besetzt:

Mitglieder Verwaltungsausschuss

Ordentliches Mitglied	Persönlicher Stellvertreter
1. Mario Schlafke, Bürgermeister	1. gewählter Stellvertreter im Amt
2. Michael Isele	2. Dieter Maier
3. Claudia Olczak	3. Michael Riesterer
4. Lionel Calon	4. Martin Suger
5. Claudia Geisselbrecht	5. Susanne Tegel
6. Heiko Schrauber	6. Manfred Bläse

Mitglieder Ausschuss Gewerbepark Breisgau

Ordentliches Mitglied	Persönlicher Stellvertreter
1. Mario Schlafke, Bürgermeister	1. gewählter Stellvertreter im Amt
2. Dieter Maier	2. Michael Isele
3. Michael Riesterer	3. Claudia Olczak
4. Susanne Tegel	4. Claudia Geisselbrecht
5. Martin Suger	5. Lionel Calon
6. Manfred Bläse	6. Heiko Schrauber



Mitglieder Ausschuss Gewerbepark Breisgau

Ordentliches Mitglied

1. Mario Schlafke, Bürgermeister
2. Dieter Maier
3. Michael Riesterer
4. Susanne Tegel
5. **nicht besetzt**
6. Manfred Bläse

Persönlicher Stellvertreter

1. gewählter Stellvertreter im Amt
2. Michael Isele
3. Claudia Olczak
4. Claudia Geisselbrecht
5. Lionel Calon
6. Heiko Schrauber

3. Finanzielle Auswirkungen:

keine

4. Beschlussvorschlag:

Die beschließenden Ausschüsse werden wie folgt besetzt:

Mitglieder Verwaltungsausschuss

Ordentliches Mitglied

1. Mario Schlafke, Bürgermeister
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____

Persönlicher Stellvertreter

1. gewählter Stellvertreter im Amt
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____

Mitglieder Ausschuss Gewerbepark Breisgau

Ordentliches Mitglied

1. Mario Schlafke, Bürgermeister
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____

Persönlicher Stellvertreter

1. gewählter Stellvertreter im Amt
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____

Eschbach, 13.03.2018


Mario Schlafke
Bürgermeister


Elke Müller
Hauptamtsleiterin


Sabine Werner
Rechnungsamtsleiterin



Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 9 Gemeinderäte	Schrifführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	333.92

TOP 6

Antrag der Musik & Mensch gGmbH auf einen Zuschuss der Gemeinde Eschbach

1. Beschlussantrag:

Der gemeinnützigen GmbH Musik & Mensch wird ein Gemeindegeldzuschuss in Höhe von 12,00 Euro je Kind und Monat für Einzel- und Gruppenunterricht bis 4 Kinder und in Höhe von 2,50 Euro für Einzel- und Gruppenunterricht ab 5 Kindern gewährt.

2. Aussprache:

BM Schlafke führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist im Übrigen auf die Beschlussvorlage Nr. 2018-016.

Er begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Klaus Heckle, den Gründer und Geschäftsführer der Musik & Mensch gGmbH, der die gGmbH anhand einer Präsentation vorstellt und seinen Antrag auf Änderung der Bezuschussung begründet.

GRätin Geisselbrecht hält das Angebot der gGmbH für eine sinnvolle Ergänzung des Musikunterrichts in Eschbach, auch im Zusammenhang mit der Ganztageschule. Gerade die Einrichtung von Bläserklassen befürwortete sie sehr, da dies auch den Musikverein unterstütze. Sie erkundigt sich, ob es schon positive Effekte gegeben habe.

Herr Heckle berichtet dazu, dass es bereits eine Kooperation mit dem Jugendorchester JOE gebe. Genauere Erkenntnisse über die Entwicklung könne er erst im Herbst mitteilen.

GRätin Geisselbrecht ist der Meinung, dass die Vereinsförderung insgesamt auf die Tagesordnung genommen und erörtert werden sollte. Dem schließt sich GRätin Tegel an.

GRat Isele erinnert daran, dass die Ganztageschule eine grundsätzliche Entscheidung des Gemeinderats war. Die Bläserklassen hätten sich zwischenzeitlich etabliert – das sei für ihn der wichtigste Aspekt.

Obwohl die von Herrn Heckle vorgelegten Zahlen der Jugendmusikschule nicht ganz korrekt seien (JuMuSchule Staufen Pauschale 11,50 Euro und nicht 12,00 Euro) sei er doch bereit, dieses Angebot wie vorgeschlagen mit 12,00 Euro zu bezuschussen.

GRätin Tegel pflichtet dem bei, weist jedoch darauf hin, dass es sich hier um eine indirekte Vereinsförderung zugunsten des Musikvereins handle.

Herr Heckle ist da anderer Meinung. Grundsätzlich würden die Kinder erstmal ein Instrument gleich welcher Art erlernen. Es sei ein positiver Nebeneffekt, dass sie dann in den musiktreibenden Vereinen aktiv würden.

BM Schlafke schlägt vor, den Beschlussantrag so abzuändern, dass die Musik & Mensch gGmbH grundsätzlich in Höhe der Zuschüsse für die Jugendmusikschulen gefördert werde. Damit sei man von genauen Geldbeträgen unabhängig, wenn sich diese ändern würden.

Damit ist das Gremium einverstanden.

3. Beschlussfassung:

Abstimmung (§ 37 Abs. 6 GemO)

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: 0

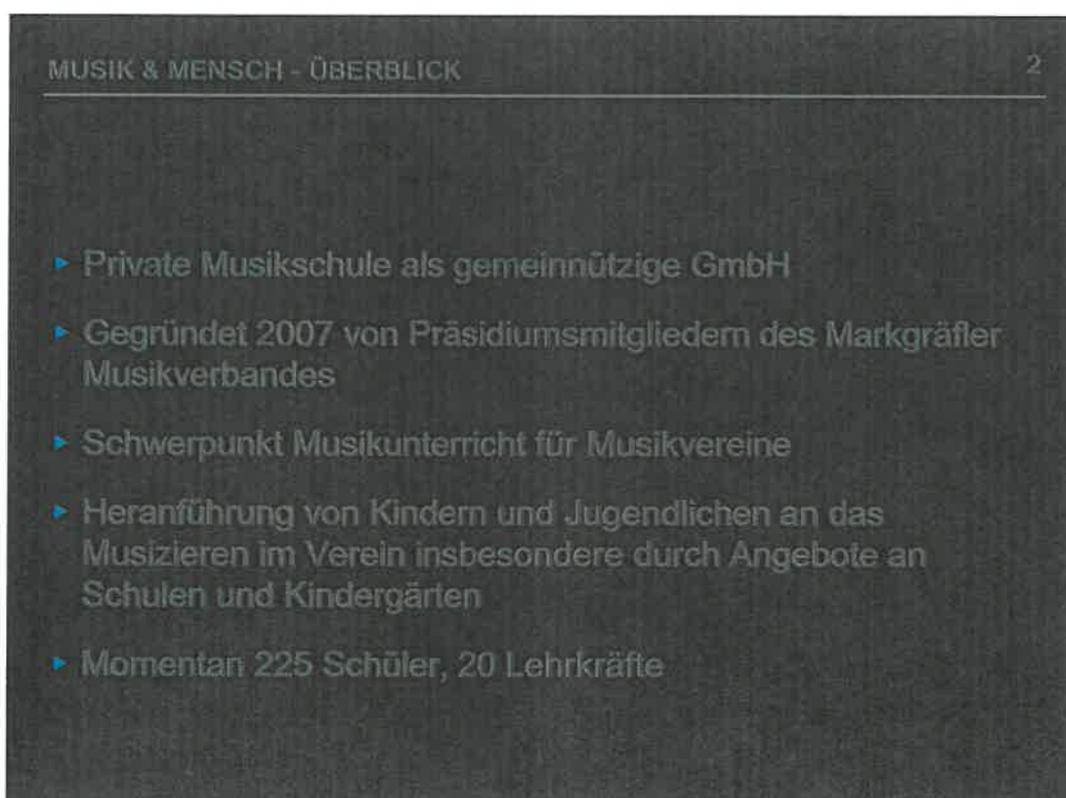
offen: geheim:

Enthaltungen: 2

4. Beschluss:

Der gemeinnützigen GmbH Musik & Mensch wird je Kind und Monat für Einzel- und Gruppenunterricht ein Gemeindegeldzuschuss in der Höhe gewährt, wie Jugendmusikschulen gewährt wird.





BEREICHE

3

- ▶ Momentan Ausbildung für 7 Musikvereine der Region (Markgräfler Musikverband), meist als Hauptanbieter von Musikunterricht:
 - Bergmannskapelle Buggingen
 - Trachtenkapelle Badenweiler
 - Trachtenkapelle Steinenstadt
 - Musikverein Grißheim
 - Musikverein Zienken
 - Musikverein Eschbach
 - Stadtmusik Neuenburg

SCHULEN

4

- ▶ Kooperation mit folgenden Schulen:
 - Grundschule Buggingen
 - René-Schickele-Schule Badenweiler
 - Rheinschule Neuenburg, Bereich Steinenstadt
 - Rheinschule Neuenburg, Bereich Grißheim
 - Rappoltsteiner Grundschule Eschbach

- ▶ Das Unterrichtsangebot/Leistungsangebot umfasst:
 - ▶ Alle Instrumente des Blasorchesters:
 - Querflöte - Klarinette - Saxophon
 - Trompete - Horn - Posaune
 - Tenorhorn - Tuba - Schlagzeug
 - ▶ Bei Bedarf: - Keyboard/Klavier - Gitarre - E-Bass
- ▶ Es gibt Einzelunterricht sowie 2-4er-Gruppenunterricht

- ▶ Einrichtung und gegebenenfalls Leitung von Bläserklassen für Grundschulen (3. und 4. Klassen)
- ▶ Musikalische Grundausbildung:
 - Melodikurse für 2. Klassen
 - Glockenspielkurse für 1. Klassen
- ▶ Musikalische Früherziehung:
 - Früherziehung mit Glockenspiel für Kindergärten

FINANZIERUNG/GEBÜHREN

7

- ▶ Finanzierung erfolgt zu 85-95% aus den Gebühren der Eltern, diese betragen monatlich:
 - 42-68€ bei Instrumentalunterricht (inclus. Instrument)
 - 25-29€ bei Grundausbildung/Früherziehung
- ▶ Die Gebühren beim Instrumentalunterricht liegen leicht unter denen der anderen regionalen Musikschulen
- ▶ Der Rest der Finanzierung erfolgt über die Gemeindegremien der Kommunen

GEMEINDE ESCHBACH_1

8

- ▶ Sommer 2016 Kooperation von:
 - Musikverein Eschbach (Sergej Kraft, Dirigent)
 - Musik & Mensch (Klaus Heckle, Leiter)
 - Rappoltsteiner Grundschule (Angela Schmidt, Rektorin)
- ▶ Etablierung der ersten „Bläserklasse Eschbach“
 - Beratung von Frau Helen Kornhaß, einer jungen engagierten Musiklehrerin, sodaß
diese sich zutraute, die Leitung dieser Gruppierung zu übernehmen.
 - Instrumentenwerbung und Elterninformationen
 - Beschaffung von Instrumenten
 - 8 Kinder melden sich an
 - Die Bläserklasse ist offen auch für Kinder anderer Musikschulen
- ▶ Einrichtung von Kursen in der Grundausbildung mit insgesamt 10 Kindern
- ▶ Alle Kurse werden ins Ganztagesbetreuungskonzept integriert

- ▶ Sommer 2017 Etablierung der zweiten Bläserklasse
 - Wechsel der Musiklehrerin Nicola Müller von der Heitersheimer an die Eschbacher Grundschule:
 - Eine zweite Bläserklasse wird eingerichtet, sodaß es nun eine Gruppe mit 4.-Klässlern und eine mit 3-Klässlern gibt.
 - Neue Bläserklasse: 15 Kinder (!!)
- ▶ Erste Bläserklasse hat inzwischen schon mit dem Jugendorchester des Musikvereins („JOE“) geprobt, es gab auch schon erste Auftritte. Die Kinder dürfen momentan ins Jugendorchester reinschnuppern, so daß sie dann im Herbst 2018 beim Schulwechsel dort ihre neue „Musikalische Heimat“ haben.

- ▶ Zu klären ist, wie mit der Tatsache umgegangen wird, daß sich manche Familien Musikunterricht nicht leisten können.
- ▶ Lösungsansätze:
 - Bedürftige Familien stellen direkt an die Gemeinde einen entsprechenden Antrag (siehe Neuenburg)
 - Gemeinde/Verein/Schule findet Sponsoren
 - Musik & Mensch gewährt Sozialermäßigungen indem die Gemeindeumlage erhöht wird (siehe Buggingen)

- Gemeindegusschuss Gem. Eschbach an Musik & Mensch für 2017 würde sich auf 2.258,40€ belaufen für 30 Kinder.
- Gemeindegusschuss für 2018 (siehe Beschlusvorschlag), angepasst an aktuelle Sätze: Ca. 3.400€
- Bei Gewährung eines Sozialzuschusses von Seiten von Musik & Mensch müßte der Gemeindegusschuss um 1€ (bzw. 0,50€ bei Großgruppen) auf 13€ bzw. 3€ erhöht werden.
Mehrkosten 2018: Ca. 400€
- Bei großem Interesse an den Musikangeboten könnte sich der Gemeindegusschuss noch um ca. 500€ erhöhen.



Musik & Mensch gGmbH
Klaus Heckle
Schwarzwaldstr. 100
79189 Bad Krozingen

Tel. 07633-933522
Mobil 0174-7186778
heckle@musikundmensch.de

An die
Gemeinde Eschbach
z.Hd. des Gemeinderates
Hauptstr. 24
79427 Eschbach

15.02.2018

Antrag Fa. Musik & Mensch gGmbH

Gemeindezusammenschuss für Musikausbildung in Eschbach

Die Firma Musik und Mensch ist eine **gemeinnützige GmbH**, vor 10 Jahren entstanden aus der Initiative von Mitgliedern des Präsidiums des **Markgräfler Musikverbandes**.

Das Aufgabengebiet von Musik & Mensch liegt vor allem in der Bereitstellung von Instrumental-Musikunterricht im Bereich Blasinstrumente und Schlagzeug, wobei vor allem die Belange und unterschiedlichen Situationen der **Musikvereine** der Region Berücksichtigung finden.

Der Schwerpunkt liegt in der Einrichtung und Betreuung sogenannter **Bläserklassen** in Kooperationen mit den **örtlichen Grundschulen**, was jeweils die 3. und 4. Klassen betrifft. Die Kinder haben dabei neben ihrem Instrumentalunterricht (Einzel- oder Gruppenunterricht) von Anfang an jede Woche auch eine „Klassenstunde“, bei der alle gemeinsam musizieren. Instrumente werden von Musik & Mensch bereit gestellt.

Darüber hinaus bieten wir auch Kurse im **vor-instrumentalen Bereich** für die 1.- und 2.-Klässler sowie **Musikalische Früherziehung** für Kindergärten an.

Derzeit werden folgende Vereine und entsprechenden Schulen von uns betreut:

- Bmk Buggingen
- Trk Badenweiler
- Mv Grißheim
- Mv Zienken
- Trk Steinenstadt
- Stm Neuenburg

Die jeweiligen Kommunen gewähren Musik und Mensch den **gleichen Gemeindezusammenschuss wie den regionale Musikschulen** (Markgräflerland, Müllheim, Südl. Breisgau).

Bei den **Gebühren** liegt Musik & Mensch bei vergleichbaren Angeboten leicht bis deutlich unter denen der genannten Musikschulen.

Im Sommer 2016 wurde in Eschbach durch die Initiative von Sergej Kraft, dem musikalischen Leiter des Mv Eschbach und Klaus Heckle für Musik & Mensch die erste **Bläserklasse an der Rappoltsteiner Grundschule Eschbach** als Kooperation mit dem **Musikverein Eschbach** eingerichtet.

Helen Kornhaß, eine junge, engagierte Musiklehrerin der Grundschule wurde durch uns mit dem Konzept der Bläserklassen vertraut gemacht, sodaß sie bereit war, die Leitung der Klassenstunde zu übernehmen.

Außerdem startete ein **Melodika-Kurs** für 2.-Klässler sowie ein **Glockenspielkurs** für Erstklässler.

Diese erste Bläserklasse hat auch schon erste Auftritte hinter sich, teilweise schon **gemeinsam mit dem Jugendorchester Eschbach (JOE)**. Dort soll dann auch die weitere musikalische Heimat der Kinder sein, wenn sie ab September die weiterführenden Schulen besuchen.

Da alle drei Angebote gut bis sehr gut angenommen wurden, konnte im Sommer 2017 eine **2. Bläserklasse** gestartet werden.

Begünstigend kam hinzu, daß **Nicola Müller**, eine sehr erfolgreiche Bläserklassen-Leiterin aus Heitersheim, zum Schuljahr 2017/2018 zur Rappoltsteiner Grundschule gewechselt ist und sie dann diese neue **Bläserklasse** übernommen hat.

2017 erhielten insgesamt **30 Kinder der Gemeinde Eschbach** Musikunterricht durch Musik & Mensch.

Wir beantragen hiermit die Gewährung des Gemeindezuschusses durch die Gemeinde Eschbach

- 1) Für das Jahr 2017 in Höhe von **2.258,40€**
- 2) Für das Jahr 2018 in Höhe von 12€/Kind/Monat bei Einzelunterricht und Gruppen bis 4 Kinder bzw. 2,50€ bei Gruppen ab 5 Kindern.
Zu erwartender Gesamtbetrag für 2018: **Ca. 3.000€**
- 3) Alternativ zu 2) bieten wir an, bei einem Gemeindezuschuss von 13€/Kind/Monat (bei <= 4 Kinder) bzw. 3€ (>=5Kinder) von unserer Seite Sozialermäßigungen zu gewähren. Geschätzte Mehrkosten: **Ca. 400€.**

Die Gewährung eines um 1€ erhöhten Gemeindezuschusses wird von der Gemeinde Buggingen so praktiziert, in Neuenburg hingegen können Sozialermäßigungen für Musikunterricht direkt an die Stadt gestellt werden. In Badenweiler gewährt der Musikverein in gewissen Fällen Sozialermäßigungen.





Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 9 Gemeinderäte	Schriftführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	902.051

TOP 7

Grundsatzbeschluss zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) bei der Gemeinde Eschbach zum 01.01.2020

1. Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat beschließt die Einführung des „Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens“ (NKHR) zum 01.01.2020.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Umsetzung des Projektes so voranzutreiben, damit eine Umstellung zum 01.01.2020 möglich wird.
3. Entscheidungen innerhalb des Projektes mit Ausnahme der grundlegenden dem Gemeinderat vorbehaltenen Entscheidungen werden auf den Bürgermeister übertragen.
4. Die Umstellung der EDV erfolgt in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF).
5. Sach- und Personalkosten für die NKHR-Umstellung sowie den Beratungs- und Schulungsaufwand sind jährlich im Rahmen der Haushaltsplanung (inkl. Stellenplan) bereitzustellen.

2. Aussprache:

BM Schlafke erläutert den Sachverhalt verweist im Übrigen auf die Beschlussvorlage Nr. 2018-013. RAL Sabine Werner ergänzt den Vortrag des Bürgermeisters im Detail.

Auf Nachfrage von GRat Isele berichtet Bürgermeister Schlafke, dass man mit den umliegenden Gemeinden im Gespräch gewesen sei und sich erkundigt habe, ob und mit wem diese zusammenarbeiten. Er sei der Meinung, dass die Verwaltung den richtigen Partner gefunden habe, der die Gemeinde bei der Umstellung kompetent begleiten könne. In den umliegenden Gemeinden sei in der Regel die Vermögensbewertung outgesourct worden, nicht aber die Projektbegleitung für den Umstellungsprozess.

3. Beschlussfassung:

Abstimmung (§ 37 Abs. 6 GemO)

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

offen:



geheim:



Enthaltungen: 0

4. Beschluss:.

1. Der Gemeinderat beschließt die Einführung des „Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens“ (NKHR) zum 01.01.2020.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Umsetzung des Projektes so voranzutreiben, damit eine Umstellung zum 01.01.2020 möglich wird.
3. Entscheidungen innerhalb des Projektes mit Ausnahme der grundlegenden dem Gemeinderat vorbehaltenen Entscheidungen werden auf den Bürgermeister übertragen.
4. Die Umstellung der EDV erfolgt in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF).
5. Sach- und Personalkosten für die NKHR-Umstellung sowie den Beratungs- und Schulungsaufwand sind jährlich im Rahmen der Haushaltsplanung (inkl. Stellenplan) bereitzustellen.



Gemeinderat 22.03.2018- öffentlich

Beschlussvorlage: Nr. 2018-013
Aktenzeichen: 902.051
Berichterstatter: RAL Sabine Werner
Anlage:

**Grundsatzbeschluss zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) bei der Gemeinde Eschbach zum 01.01.2020****1. Beschlusshistorie**

Gemeinderat

Öffentlich

22.03.2018

2. Sachverhalt:

Mit dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 22. April 2009 und dem Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften vom 11. April 2013 hat das Land Baden-Württemberg die rechtlichen Grundlagen zur Führung der Haushaltswirtschaft nach dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) geschaffen. Nach der Verlängerung der Übergangsfristen um weitere vier Jahre sind alle Kommunen in Baden-Württemberg verpflichtet, das kamerale Rechnungswesen spätestens bis zum 01.01.2020 auf das Neue Haushaltsrecht (Doppik) umzustellen.

Mit der Umstellung auf das NKHR wird das bisherige Geldverbrauchs-konzept (Verbuchung von Einnahmen und Ausgaben) zu Gunsten des Ressourcenverbrauchs-konzeptes (Verbuchung von Erträgen und Aufwendungen) abgelöst. Dieses neue Rechnungskonzept erfasst zusätzlich zu den reinen Zahlungsvorgängen, die in der Kameralistik nur den Geldverbrauch dokumentieren, auch den nicht zahlungswirksamen Werteverzehr. Daher werden künftig auch Abschreibungen, Zuführungen/Entnahmen aus Rückstellungen und Auflösungen aus Sonderposten in der kommunalen Haushaltswirtschaft berücksichtigt. Der gesamte Ressourcenverbrauch und das gesamte Ressourcenaufkommen eines Haushaltsjahres werden demnach vollständig und periodengerecht ausgewiesen.

Das vorrangige Ziel des NKHR ist die Schaffung einer "intergenerativen Gerechtigkeit". Das bedeutet, dass jede Generation nur so viel Ressourcen verbrauchen soll, wie sie erwirtschaften kann. Heruntergebrochen wird dieses Ziel im Ressourcenverbrauchskonzept, nach dem die anfallenden Aufwendungen (z.B. Personalaufwand) durch Erträge (z.B. Steuern und Gebühren) gedeckt werden müssen. Um den Ressourcenverbrauch beurteilen zu können, bedarf es zunächst der erstmaligen Erfassung und Bewertung des gesamten Vermögens der Gemeinde.

Die Umstellung auf das NKHR stellt für die Kommunen eine große Herausforderung dar. Durch die Einführung des NKHR ändert sich nicht nur der Buchungsstil, d.h. die kamerale Haushaltsführung wird durch die doppelte (kaufmännische) Buchführung

ersetzt, vielmehr handelt es sich um eine Reform, die sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Bereiche der Verwaltung, als auch die Verwaltungsorgane betrifft. Die Umstellung ist mit zeitlichen, personellen und finanziellen Aufwand verbunden.

Die Umstellung auf das NKHR bei der Gemeinde Eschbach erfolgt im Rahmen eines Projektes. Mit Erteilung des Grundsatzbeschlusses wird durch die Gemeindeverwaltung ein Projektplan erstellt und zeitnah dem Gemeinderat vorgestellt.

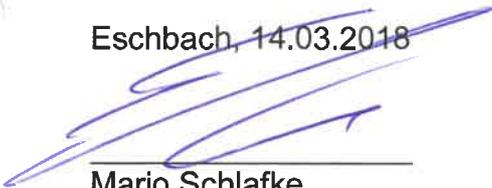
3. Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen werden zum jeweiligen Projektstand mitgeteilt. Bisher wurden Projektkosten im Haushaltsplan 2018 in Höhe von 15.000 € eingestellt.

4. Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat beschließt die Einführung des „Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens“ (NKHR) zum 01.01.2020.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Umsetzung des Projektes so voranzutreiben, damit eine Umstellung zum 01.01.2020 möglich wird.
3. Entscheidungen innerhalb des Projektes mit Ausnahme der grundlegenden dem Gemeinderat vorbehaltenen Entscheidungen werden auf den Bürgermeister übertragen.
4. Die Umstellung der EDV erfolgt in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Informationsverarbeitung Baden-Franken (Kivbf).
5. Sach- und Personalkosten für die NKHR-Umstellung sowie den Beratungs- und Schulungsaufwand sind jährlich im Rahmen der Haushaltsplanung (inkl. Stellenplan) bereitzustellen.

Eschbach, 14.03.2018



Mario Schlafke
Bürgermeister



Elke Müller
Hauptamtsleiterin



Sabine Werner
Rechnungsamtsleiterin



Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 9 Gemeinderäte	Schriftführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	048.200

TOP 8

Errichtung der Anstalt ITEOS durch Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT am 01.07.2018

1. Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIRU zum Gesamtzweckverband 4IT zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KIVBF die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere)

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg.
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich.
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AöR).
- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg.
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT.

2. Aussprache:

BM Schlafke erläutert den Sachverhalt und verweist im Übrigen auf die Beschlussvorlage Nr. 2018-008.

Es wird keine weitere Aussprache gewünscht.

3. Beschlussfassung:

Abstimmung (§ 37 Abs. 6 GemO)	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	0
offen: <input checked="" type="checkbox"/>	Enthaltungen:	0
geheim: <input type="checkbox"/>		

4. Beschluss:

3. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIRI zum Gesamtzweckverband 4IT zu.
4. Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KIVBF die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere)

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg.
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich.
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AöR).
- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg.
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT.



Es ist beabsichtigt, dass die Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF durch gleichlautenden Beschluss in ihren Verbandsversammlungen der DZ BW beitreten. Dabei bringen sie jeweils ihr gesamtes Vermögen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch Ausgliederung (§§ 123ff UmwG) in die DZ BW ein, die damit per Gesetz zu ITEOS wird, einer Anstalt des öffentlichen Rechts, welche für die Kommunen die bisherigen Aufgaben der DZ BW und der Zweckverbände übernimmt, s. hierzu Anlage 2.

Unmittelbar darauf schließen die Zweckverbände sich zum Gesamtzweckverband 4IT zusammen.

Die Unternehmensformen wurden so gewählt, dass die bisherige Inhouse-Fähigkeit für eine Beauftragung seitens der künftigen Träger vergaberechtskonform gewährleistet bleibt.

c) Vermögensentwicklung

Zum Gesamtvermögen der Zweckverbände und der DZ BW werden jegliche Aktiv- und Passivvermögen, sämtliche Arbeits-, Beamten- und sonstigen Dienstverhältnisse, alle bilanzierten und nicht bilanzierten Rechte und Pflichten sowie die jeweiligen Tochtergesellschaften gezählt.

Voraussetzung für die Fusion ist ein ausgewogener Vermögensausgleich. Die Fusionspartner haben vereinbart, dass die Zweckverbände im Gegenzug für ihr eingebrachtes Gesamtvermögen folgende Stammkapitalanteile an ITEOS zugewiesen bekommen: KIRU 22%, KDRS 22%, KIVBF 44%. Die übrigen Anteile (12 %) werden vom Land Baden-Württemberg gehalten. Die Zuweisung der Stammkapitalanteile wurde auf Basis des vorläufigen Vermögensausgleichs so vereinbart, dass Nachschusspflichten ausgeschlossen sind, s. hierzu Anlage 3.

Als Stichtag für den endgültigen Vermögensausgleich wird für alle Unternehmenseinheiten der 30.06.2018 angesetzt. Die abschließende Bewertung durch ein Unternehmenswertgutachten erfolgt zum 30.06.2018 vorbehaltlich anschließender Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung des Gesamtzweckverbands 4IT im Dezember 2018.

Wie hoch dieses Gesamtvermögen sein wird, steht aufgrund der ausstehenden Jahresabschlüsse der Fusionspartner zum 31.12.2017 und 30.6.2018 noch nicht endgültig fest.

Die Anteile der Mitgliedskommunen an den heutigen Zweckverbänden bleiben mit dem Beitritt der Zweckverbände zur DZ BW wertmäßig unverändert.

d) Mitwirkungsmöglichkeiten

Unmittelbar nach ihrem Beitritt zur DZ BW vereinigen sich die drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum neuen Gesamtzweckverband 4IT, der gemeinsam mit dem Land die Trägerschaft von ITEOS ausübt und dafür mit den erforderlichen

Aufsichts- und Kontrollfunktionen ausgestattet wird, s. hierzu Anlage 4. Weitere Einzelheiten regelt der Fusionsvertrag, s. hierzu Anlage 5.

21 der insgesamt 26 Verwaltungsratsmitglieder der ITEOS werden aus den heutigen Verbandsgebieten der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF entsendet. Jeweils vier dieser kommunalen Verwaltungsratsmitglieder kommen aus den bereits bestehenden fünf Mitgliedersegmenten, das 21. Mitglied repräsentiert die Mitglieder, die keinem Segment direkt zuzuordnen sind (z.B. kommunale oder regionale Verbände). Damit ist gewährleistet, dass alle Mitgliedersegmente gleich stark vertreten sind und über den Verwaltungsrat Einfluss auf die Entwicklung von ITEOS nehmen können.

Zusätzlich kann die Verbandsversammlung für jedes der fünf bekannten Mitgliedersegmente einen dauerhaften Mitgliederbeirat einrichten, aus dem wiederum Vertreter in den Organisationsbeirat von ITEOS entsendet werden, um die spezifischen Anforderungen der von ihnen vertretenen Kommunen an das Produktportfolio in den weiteren Entscheidungsprozess einzubringen.

Der Gesamtzweckverband 4IT verfügt über kein eigenes Vermögen und finanziert sich über Umlagen, die nach einem von seiner Verbandsversammlung festgelegten Schlüssel erhoben werden.

Zusammenfassung

Ziel des Beitritts der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur DZ BW und der Fusion der Zweckverbände zum Gesamtzweckverband 4IT ist der Erhalt einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen kommunalen IT in Baden-Württemberg. Dabei liegt der Fokus auf der dauerhaften Verbesserung von Leistungen (Qualität, Service und Kosten) für Bestands- und Neukunden, indem die lokalisierten Synergien in den Leistungsprozessen sukzessive realisiert werden.

Die Entgelte für die von den Mitgliedern der Zweckverbände bezogenen Leistungen werden für eine Übergangszeit nach den heutigen Verbandsgebieten gesplittet, damit kein Verbandsmitglied gemessen am Status quo durch die Fusion schlechter gestellt wird, s. hierzu Anlage 6. Ferner werden die Mitglieder über eine Gremienstruktur verstärkt am Aufbau und an der Weiterentwicklung der Produkte und Dienstleistungen beteiligt.

Eine gemeinsame Trägerschaft durch den Gesamtzweckverband 4IT und das Land Baden-Württemberg sichert ITEOS, und damit der kommunalen IT, eine zukunftsfähige Neustruktur. Die Kooperation zwischen dem Land und den Kommunen im Bereich der Informationstechnik und die Anbindung kommunaler Verfahren an die Verfahren der Landesbehörden sind wesentlich für den Ausbau einer bürgerfreundlichen digitalisierten Verwaltung. Dadurch wird die Produktivität des Unternehmens gesteigert, was dabei hilft, die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung zu sichern.

3. Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIRI zum Gesamtzweckverband 4IT zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KIVBF die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere)

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg.
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich.
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AöR).
- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg.
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT.

Eschbach, 09.02.2018



Mario Schlafke
Bürgermeister



Elke Müller
Hauptamtsleiterin



Sabine Werner
Rechnungsamtsleiterin

Satzung der ITEOS

vom

Aufgrund von § 16 des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes vom 18. Dezember 1995 in der am Tag vor Inkrafttreten dieser Satzung geltenden Fassung haben

- der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF), der Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS), der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) durch Beschlüsse ihrer Zweckverbandsversammlungen KIVBF am ..., KDRS am ... und KIRU am ...
- der Verwaltungsrat der Datenzentrale Baden-Württemberg durch Beschluss am ... und
- die Landesregierung durch Beschluss am ...

den Beitritt der Zweckverbände KIVBF, KDRS und KIRU als Mitträger der Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der nachstehenden Änderung und Neufassung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg beschlossen:

§ 1 Name, Rechtsform, Sitz

- (1) Die Datenzentrale Baden-Württemberg führt künftig den Namen "ITEOS".
- (2) Die ITEOS ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart.
- (3) Die ITEOS führt ein Dienstsiegel mit dem kleinen Landeswappen.

§ 2 Träger, Haftung

- (1) Träger der ITEOS sind der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF), der Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS), der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) und das Land Baden-Württemberg.
- (2) Die Träger sind entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital verpflichtet, die ITEOS mit den zur Aufgabenerfüllung notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten und für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Die ITEOS haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Eine Haftung der Träger für Verbindlichkeiten der ITEOS Dritten gegenüber besteht nicht.

Stand: 22. Dezember 2017

- (3) Soweit die Unternehmereigenschaft der ITEOS im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nicht ausgeschlossen werden kann, ist die ITEOS verpflichtet, zu vermeiden, dass ihr aus der Anstaltslast nach Absatz 2 Satz 1 Vorteile im Wettbewerb entstehen.

§ 3 Stammkapital, Trägeranteil

- (1) Das Stammkapital der ITEOS beträgt 10 Millionen €.
- (2) Vom Stammkapital entfallen auf den Zweckverband
- KIVBF 44 %,
 - KDRS 22 %,
 - KIRU 22 % und
 - das Land Baden Württemberg 12 %.

§ 4 Aufgaben

- (1) Die ITEOS beschafft, entwickelt und betreibt Verfahren der automatisierten Datenverarbeitung für kommunale Körperschaften, deren Zusammenschlüsse und deren Unternehmen im Land. Der Betrieb nach Satz 1 umfasst die Beschaffung, den Betrieb, die Einrichtung, die Wartung und die Pflege von Anlagen und Programmen sowie von Rechnern und Rechnersystemen. Die ITEOS erbringt ferner unterstützende Dienstleistungen der Personalverwaltung sowie Beratungs- und Schulungsleistungen in Angelegenheiten der automatisierten Datenverarbeitung für die in Satz 1 genannten Stellen. Eine Pflicht zur Nutzung der Leistungen der ITEOS besteht nicht.
- (2) Die ITEOS ist befugt, Leistungen nach Absatz 1 für
1. Dienststellen des Landes und
 2. nicht in Absatz 1 Satz 1 genannte, der Aufsicht des Landes unterstehende juristische Personen des öffentlichen Rechts
- zu erbringen. Sie ist ferner befugt, Leistungen nach Absatz 1 für Dritte, auch außerhalb des Landes, zu erbringen, sofern dies für die Aufgabenerfüllung nach Absatz 1 förderlich ist und diese Leistungen im Vergleich zu den in Absatz 1 und in Satz 1 genannten Leistungen eine untergeordnete Rolle spielen.

§ 5 Organe

- (1) Organe der ITEOS sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Stand: 22. Dezember 2017

- (2) Die Mitglieder der Organe haben über alle durch ihre Tätigkeit in den Organen der ITEOS bekannt gewordenen vertraulichen Angaben und Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der ITEOS Dritten gegenüber Verschwiegenheit zu bewahren. Diese Pflicht besteht auch nach ihrem Ausscheiden fort.

§ 6 Der Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat hat 26 Mitglieder; 2 Mitglieder werden vom Land, 3 Mitglieder von den kommunalen Landesverbänden Baden-Württemberg (Städtetag Baden-Württemberg e.V., Gemeindetag Baden-Württemberg e.V. und Landkreistag Baden-Württemberg e.V.), und 21 Mitglieder durch die Zweckverbände bestellt. Für jedes Verwaltungsratsmitglied wird jeweils eine Stellvertretung bestellt. Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

- (2) Von den 21 Sitzen der Zweckverbände entfallen auf

- a) KIVBF 10 Sitze, davon 2 auf Kommunen bis 7.500 Einwohnern, 2 auf Kommunen bis 20.000 Einwohnern, 2 auf Große Kreisstädte, 2 auf Landkreise, 2 auf Stadtkreise
- b) KDRS 5 Sitze, davon 1 auf Kommunen bis 7.500 Einwohnern, 1 auf Kommunen bis 20.000 Einwohnern, 1 auf Große Kreisstädte, 1 auf Landkreise, 1 auf Stadtkreise
- c) KIRU 5 Sitze, davon 1 auf Kommunen bis 7.500 Einwohnern, 1 auf Kommunen bis 20.000 Einwohnern, 1 auf Große Kreisstädte, 1 auf Landkreise, 1 auf Stadtkreise.

Ein (1) Sitz wird von den Zweckverbänden gemeinsam für die Mitglieder bestellt, die keiner der vorstehend unter Buchstabe a bis c genannten Gruppen zuzuordnen sind.

- (3) Vereinigen sich die Zweckverbände nach § 20a GKZ zu einem Zweckverband (Gesamtzweckverband), bleibt die bisherige Bestellung der Verwaltungsratsmitglieder unberührt; die nachfolgenden Bestellungen der Verwaltungsratsmitglieder erfolgen entsprechend Absatz 2.

- (4) Die Träger der ITEOS und die kommunalen Landesverbände bestellen ihre jeweiligen Verwaltungsratsmitglieder und deren jeweilige Stellvertretung für eine Amtszeit von fünf Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamts. Scheidet ein Verwaltungsratsmitglied oder dessen Stellvertretung vor Ablauf der Amtszeit aus, wird für den Rest der Amtszeit ein neues Verwaltungsratsmitglied oder eine neue Stellvertretung bestellt. Die Träger der ITEOS können ihren jeweiligen Verwaltungsratsmitgliedern Weisungen erteilen.

- (5) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Verwaltungsratsvorsitzenden und dessen erste, zweite und dritte Stellvertretung. Der Verwaltungsratsvorsitzende muss ein von den Trägern bestelltes Verwaltungsratsmitglied sein; gleiches gilt für dessen Stellvertretungen.

Stand: 22. Dezember 2017

- (6) Mit Ausnahme der Vertretungen des Landes sind die Verwaltungsratsmitglieder ehrenamtlich tätig. Sie erhalten für die Teilnahme an einer Sitzung des Verwaltungsrats eine Aufwandsentschädigung, die in der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats festgelegt wird. Daneben wird eine Reisekostenvergütung nach dem Landesreisekostengesetz gewährt. Ferner erhalten der Verwaltungsratsvorsitzende und dessen Stellvertretungen eine monatliche Entschädigung, die in der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats festgelegt wird.

§ 7 Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrats

- (1) Der Verwaltungsrat entscheidet über die ihm durch Gesetz oder diese Satzung zugewiesenen Angelegenheiten. Er legt hierzu die Grundsätze für die Tätigkeit der ITEOS durch Beschlüsse fest, überwacht die Geschäftsführung des Vorstands und die Ausführung seiner Beschlüsse.
- (2) Ein Viertel der Verwaltungsratsmitglieder kann jederzeit vom Vorstand über alle Angelegenheiten der ITEOS gegenüber dem Verwaltungsrat Berichterstattung schriftlich oder in einer Verwaltungsratssitzung oder Einsichtnahme in die Unterlagen der ITEOS verlangen.
- (3) Der Verwaltungsrat beschließt nach Maßgabe von § 8 Absatz 5 über die grundsätzlichen Angelegenheiten der ITEOS, insbesondere über
- a) die Auflösung der ITEOS;
 - b) die Bildung von beratenden Ausschüssen nach § 5 Absatz 5 ADVZG (z.B. Strategieausschuss) und von sonstigen beratenden Gremien (Beiräte) (z.B. Organisationsbeirat);
 - c) andere Angelegenheiten, soweit sie über den Einzelfall hinaus für die ITEOS besondere Bedeutung haben. Dazu gehört insbesondere die Entscheidung über die Grundsätze der internen Organisationsstruktur der ITEOS, insbesondere über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Vorstandsmitglieder und ihre Vertretungsbefugnis;
 - d) die Grundsätze der Wirtschaftsführung und der Aufgabenerfüllung;
 - e) die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Finanzplans;
 - f) die Bestellung von Abschlussprüfern;
 - g) die Feststellung des Jahresabschlusses, Kreditaufnahmen, die Übernahme von Bürgschaften, Garantien zugunsten Dritter sowie vergleichbaren Verpflichtungen;
 - h) die Entlastung des Vorstands der ITEOS;
 - i) die Ergebnisverwendung;
 - j) die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 2.000.000,00 € ohne Umsatzsteuer;
 - k) Maßnahmen und Rechtsgeschäfte nach § 10 Absatz 1 bis 4, auch in Verbindung mit Absatz 5 ADVZG;
 - l) den Erlass von Satzungen nach § 2 Absatz 3 ADVZG, insbesondere über öffentlich-rechtliche Benutzungsverhältnisse nach § 9 Absatz 3 ADVZG;

Stand: 22. Dezember 2017

- m) die Beschaffung, die Entwicklung, den Betrieb und die wesentliche Änderung von Verfahren der automatisierten Datenverarbeitung im Rahmen der im Wirtschaftsplan zur Verfügung gestellten Mittel, soweit im Einzelfall der Betrag von 2.000.000,00 € ohne Umsatzsteuer überschritten wird;
 - n) die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands;
 - o) die Ernennung von Beamten ab Besoldungsgruppe A16 und Besoldungsordnung B;
 - p) den Abschluss und die Beendigung außertariflicher Verträge;
 - q) die Zustimmung zur Geschäftsordnung des Vorstands;
 - r) die nach der Geschäftsordnung des Vorstands dem Verwaltungsrat vorzulegenden Angelegenheiten (Zustimmungskatalog).
- (4) Vorstandsmitgliedern gegenüber vertritt der Verwaltungsrat die ITEOS gerichtlich und außergerichtlich.

§ 8 Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrats

- (1) Der Verwaltungsratsvorsitzende beruft die Verwaltungsratssitzungen schriftlich oder elektronisch ein. Die Einladung muss Ort, Tag und Tageszeit angeben. Die Einladung, die Tagesordnung und die für die Beratung erforderlichen Unterlagen sind an die Verwaltungsratsmitglieder und ihre Stellvertretungen in der Regel spätestens zwei (2) Wochen vor der Sitzung zu versenden.
- (2) Der Verwaltungsrat ist im Regelfall jährlich mindestens viermal einzuberufen. Er muss außerdem unverzüglich vom Verwaltungsratsvorsitzenden mit einer Frist von 2 Wochen einberufen werden, wenn ein Viertel der Verwaltungsratsmitglieder unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes dies gegenüber dem Verwaltungsratsvorsitzenden beantragt.
- (3) Die Sitzungen des Verwaltungsrats werden vom Verwaltungsratsvorsitzenden, bei dessen Verhinderung von der ersten Stellvertretung, bei deren Verhinderung von der zweiten Stellvertretung, bei deren Verhinderung von der dritten Stellvertretung geleitet. Die Verwaltungsratsmitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen. Die Sitzungen des Verwaltungsrats sind nicht-öffentlich.
- (4) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Verwaltungsratsmitglieder ordnungsgemäß geladen sind und mindestens jeweils die Hälfte der Verwaltungsratsmitglieder jedes Trägers, darunter der Verwaltungsratsvorsitzende, anwesend oder in Person der Stellvertretung nach Absatz 3 Satz 1 vertreten ist. Über andere als in der Tagesordnung angegebene Verhandlungsgegenstände darf nur dann Beschluss gefasst werden, wenn die Angelegenheit dringlich ist und kein Verwaltungsratsmitglied der Behandlung widerspricht. Bei fehlender Beschlussfähigkeit kann der Verwaltungsratsvorsitzende eine zweite Sitzung des Verwaltungsrats mit derselben Tagesordnung einberufen, die frühestens einen Tag nach elektronischer Versendung der Einladung stattfinden kann und in der der Verwaltungsrat ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden oder

Stand: 22. Dezember 2017

in Person der Stellvertretung vertretenen Verwaltungsratsmitglieder jedes Trägers beschließen kann. Auf diese Folge ist bei der Einberufung der zweiten Sitzung hinzuweisen.

- (5) Der Verwaltungsrat beschließt mit einer Mehrheit von mindestens zwei Drittel der Stimmen der Mitglieder eines jeden Trägers über:
 - a) Maßnahmen und Rechtsgeschäfte nach § 10 Absatz 1, auch in Verbindung mit Absatz 5 AD-VZG,
 - b) die Auflösung der ITEOS.Im Übrigen beschließt der Verwaltungsrat mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Verwaltungsratsvorsitzenden und im Fall der Verhinderung die Stimme der Stellvertretung.
- (6) In Notfällen kann der Verwaltungsrat ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden. Das Gleiche gilt für Angelegenheiten, für deren Entscheidung ein beschließender Ausschuss zuständig ist.
- (7) In dringenden Angelegenheiten des Verwaltungsrats, deren Erledigung nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Verwaltungsratsitzung nach Absatz 6 aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verwaltungsratsvorsitzende anstelle des Verwaltungsrats (Eilentscheidungsrecht). Die Eilentscheidung, die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind in einer Niederschrift festzuhalten und den Verwaltungsratsmitgliedern unverzüglich mitzuteilen. Das Gleiche gilt für Angelegenheiten, für deren Entscheidung ein beschließender Ausschuss zuständig ist.
- (8) Der Verwaltungsratsvorsitzende muss Beschlüssen des Verwaltungsrats widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie gesetzwidrig sind; er kann widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie für die ITEOS nachteilig sind. Der Widerspruch muss unverzüglich, spätestens jedoch binnen einer Woche nach Beschlussfassung gegenüber den Verwaltungsratsmitgliedern ausgesprochen werden. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Gleichzeitig ist unter Angabe der Widerspruchsründe eine Sitzung einzuberufen, in der erneut über die Angelegenheit zu beschließen ist; diese Sitzung hat spätestens drei Wochen nach der ersten Sitzung stattzufinden. Ist nach Ansicht des Verwaltungsratsvorsitzenden auch der neue Beschluss gesetzwidrig, muss er ihm erneut widersprechen und unverzüglich die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbeiführen. Das Gleiche gilt für Angelegenheiten, für deren Entscheidung ein beschließender Ausschuss zuständig ist.
- (9) Die Mitglieder des Vorstandes nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil, es sei denn, der Verwaltungsrat beschließt etwas anderes.
- (10) Über den wesentlichen Inhalt jeder Sitzung des Verwaltungsrats ist eine Niederschrift zu fertigen, die insbesondere die Namen der Sitzungsteilnehmer, die Verhandlungs- und Beschlussgegen-

Stand: 22. Dezember 2017

stände, das Abstimmungsergebnis und den Wortlaut der Beschlüsse enthält. Die Niederschrift ist von dem Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen und den Verwaltungsratsmitgliedern bekannt zu geben.

- (11) Beschlüsse können auch schriftlich oder elektronisch im Umlaufverfahren gefasst werden; diese Beschlüsse müssen einstimmig erfolgen. Die Frist für die Stimmabgabe gegenüber dem Verwaltungsratsvorsitzenden beträgt zwei (2) Wochen nach Zugang der Beschlussvorlage beim jeweiligen Verwaltungsratsmitglied. Widerspricht ein Verwaltungsratsmitglied der Beschlussfassung im Umlaufverfahren, lehnt es den Beschluss ab oder gibt es gegenüber dem Verwaltungsratsvorsitzenden innerhalb der Frist keine Stimme ab, ist der Beschluss abgelehnt; in diesem Fall kann in einer Sitzung des Verwaltungsrats erneut über denselben Beschlussgegenstand entschieden werden.
- (12) Teilt ein Verwaltungsratsmitglied dem Verwaltungsratsvorsitzenden vor Einleitung eines Beschlusses nach Absatz 11 mit, dass es während der Frist nach Absatz 11 verhindert ist, tritt für die Durchführung des Beschlussverfahrens nach Absatz 11 an seine Stelle seine Stellvertretung. Wird dem Verwaltungsratsvorsitzenden während der Frist nach Absatz 11 bekannt, dass ein Verwaltungsratsmitglied verhindert ist, informiert er dessen Stellvertretung und leitet dieser die Beschlussvorlage zu. Mit Zugang der Beschlussvorlage bei der Stellvertretung tritt diese an die Stelle des Verwaltungsratsmitglieds und beginnt die Frist nach Absatz 11 für die Stellvertretung; für die anderen Verwaltungsratsmitglieder verbleibt es bei dem ursprünglichen Fristbeginn nach Absatz 11.

§ 9 Vorstand

- (1) Der Vorstand leitet die ITEOS in eigener Verantwortung, soweit gesetzlich oder durch diese Satzung nichts anderes bestimmt ist, und vollzieht die Beschlüsse des Verwaltungsrats. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch Gesetz oder diese Satzung dem Verwaltungsrat zugewiesen sind. Der Vorstand ist insbesondere zuständig für
- a) die Ernennung von Beamten mit Ausnahme der Beamten ab Besoldungsgruppe A16 und Besoldungsordnung B,
 - b) den Abschluss und die Beendigung von Arbeitsverträgen mit Ausnahme von außertariflichen Verträgen und
 - c) die Vermeidung von Vorteilen im Wettbewerb nach § 2 Absatz 3.

Der Vorstand hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf.

- (2) Der Vorstand besteht aus zwei (2) Personen. Der Verwaltungsrat bestellt ein (1) Vorstandsmitglied zum Vorstandsvorsitzenden. Ein Vorstandsmitglied ist nur gemeinschaftlich mit einem anderen Vorstandsmitglied zur Geschäftsführung und zur Vertretung der ITEOS befugt; in der Ge-

schäftsordnung ist eine Regelung über. Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Vorstands zu treffen. Die Vorstandsmitglieder sind jeweils von den Beschränkungen des § 181 zweite Alternative BGB (Mehrfachvertretung) befreit. Bei Rechtsgeschäften im Sinne des § 181 BGB mit Unternehmen, an denen die ITEOS mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist, sind die Vorstandsmitglieder jeweils von den Beschränkungen des § 181 BGB insgesamt befreit; durch Beschluss des Verwaltungsrats können allen oder einzelnen Vorstandsmitgliedern im Einzelfall weitere Befreiungen von § 181 BGB erteilt werden. Der Vorstand kann allgemein oder in einzelnen Angelegenheiten Vollmacht erteilen.

- (3) Die Mitglieder des Vorstands werden vom Verwaltungsrat auf höchstens sechs Jahre bestellt; wiederholte Bestellungen sind zulässig. Die Mitglieder des Vorstands können für die Dauer ihrer Bestellung privatrechtlich angestellt oder in ein Beamtenverhältnis auf Zeit mit einer Amtszeit von sechs Jahren berufen werden.
- (4) Der Vorstandsvorsitzende ist Vorgesetzter der Bediensteten der ITEOS mit Ausnahme der weiteren Mitglieder des Vorstands. Der Vorstandsvorsitzende ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beamten der ITEOS mit Ausnahme der beamteten Mitglieder des Vorstands. Ist der Vorstandsvorsitzende kein Beamter, überträgt der Verwaltungsrat die Aufgaben des Dienstvorgesetzten und der obersten Dienstbehörde für die Beamten der ITEOS einem anderen Mitglied des Vorstands, das Beamter ist, anderenfalls einem leitenden Beamten der ITEOS. Für die beamteten Mitglieder des Vorstands und für den Beamten, dem die Aufgaben nach Satz 3 übertragen wurden, nimmt die Aufgaben des Dienstvorgesetzten und der obersten Dienstbehörde der Verwaltungsratsvorsitzende wahr. Ist der Verwaltungsratsvorsitzende kein Beamter, überträgt der Verwaltungsrat die Aufgaben des Dienstvorgesetzten und der obersten Dienstbehörde für die beamteten Mitglieder des Vorstands und für den Beamten, dem die Aufgaben nach Satz 3 übertragen wurden, auf ein Mitglied des Verwaltungsrats, das Beamter ist.

§ 10 Beschließende und beratende Ausschüsse, sonstige beratende Gremien

- (1) Beschließende Ausschüsse bedürfen einer Regelung in dieser Satzung nach Maßgabe von § 5 Absatz 4 ADVZG; die Besetzung soll das Stimmenverhältnis der Träger im Verwaltungsrat abbilden.
- (2) Der Verwaltungsrat kann durch Beschluss zur Vorbereitung seiner Verhandlungen oder einzelner Verhandlungsgegenstände beratende Ausschüsse, insbesondere einen Strategieausschuss, bilden. Der Beschluss hat unter Berücksichtigung von § 5 Absatz 5 ADVZG mindestens Regelungen über die Aufgaben, die Anzahl und Bestellung der Mitglieder, die Einberufung, die Beschlussfassung und den Namen des beratenden Ausschusses zu beinhalten. Die für den Geschäftsgang des Verwaltungsrats geltenden Vorschriften finden entsprechende Anwendung. Der beratende Ausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben, die der Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf.

- (3) Darüber hinaus kann der Verwaltungsrat durch Beschluss sonstige beratende Gremien (Beirat), insbesondere einen Organisationsbeirat bilden. Der Beschluss hat mindestens Regelungen über die Aufgaben, die Anzahl und Bestellung der Mitglieder, die Einberufung, die Beschlussfassung und den Namen des Beirats zu beinhalten. Die für den Geschäftsgang des Verwaltungsrats geltenden Vorschriften finden entsprechende Anwendung, soweit die Geschäftsordnung des Beirats, die sich der Beirat mit Zustimmung des Verwaltungsrats geben kann, keine abweichenden Regelungen trifft.

§ 11 Wirtschaftsführung

- (1) Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Die ITEOS wird nach kaufmännischen Grundsätzen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die ITEOS deckt ihre Kosten aus Entgelten für ihre Leistungen.
- (3) Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der ITEOS gelten die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs sinngemäß, sofern nicht die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs bereits unmittelbar oder weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. In sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften ist für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufzustellen und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. §§ 77 Absätze 1 und 2, 78 Absätze 3 und 4 sowie § 87 GemO gelten entsprechend. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der ITEOS werden in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und durch einen sachverständigen Prüfer (Abschlussprüfung) geprüft.
- (4) Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags sind im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg bekannt zu machen. Der Wirtschaftsplan, die Finanzplanung, der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht sind an die Träger und an den Rechnungshof zu übersenden.
- (5) Ein Benutzungsverhältnis der ITEOS mit ihren Trägern, den Mitgliedern der Zweckverbände KIVBF, KIRU und KDRS sowie mit den der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird öffentlich-rechtlich begründet. Die ITEOS kann Benutzungsgebühren nach dem Kommunalabgabengesetz erheben.
- (6) Die überörtliche Prüfung der ITEOS erfolgt in entsprechender Anwendung des § 114 GemO durch die Gemeindeprüfungsanstalt. Dem Rechnungshof wird das Recht zur Prüfung der Haus-

Stand: 22. Dezember 2017

halts- und Wirtschaftsführung der ITEOS eingeräumt. Die Prüfungsbehörden haben das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der ITEOS einzusehen.

§ 12 Öffentliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachungen der ITEOS erfolgen im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg.

§ 13 Auflösung, Ausscheiden

- (1) Die Auflösung der ITEOS bedarf der Zustimmung aller Träger; §§ 7 und 8 bleiben unberührt. Die Auflösung der ITEOS bedarf ferner der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.
- (2) Im Falle der Auflösung der ITEOS schließen die Träger eine Vereinbarung, die die Einzelheiten der Abwicklung, insbesondere die Übernahme der Beamten regelt. Die Abwicklung ist vom Vorstand vorzunehmen, soweit die Träger nichts anderes vereinbaren; Ansprüche Dritter sind aus dem vorhandenen Vermögen bzw. entsprechend der Beteiligung am Stammkapital zu befriedigen. Ein nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten und Beendigung der Abwicklung verbleibender Überschuss fällt den Trägern entsprechend ihrer Beteiligung am Stammkapital zu. Die ITEOS gilt nach ihrer Auflösung als fortbestehend, solange und soweit der Zweck der Abwicklung es erfordert.
- (3) Das Ausscheiden eines Trägers bedarf der Änderung dieser Satzung durch alle Träger; Absatz 5 bleibt unberührt. Im Falle des Ausscheidens eines Trägers nach Satz 1 und nach Absatz 5 schließen alle Träger eine Vereinbarung, die die Einzelheiten der Vermögensauseinandersetzung, insbesondere die Verteilung des Aktivvermögens und die Übernahme der bestehenden Verbindlichkeiten regelt.
- (4) Treten so viele Gemeinden aus den Zweckverbänden aus, dass die Gesamtsumme der Einwohner der verbleibenden Zweckverbandsmitglieder, die Gemeinden sind, im Vergleich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung um 30 Prozent sinkt, werden sich die Träger unverzüglich über das weitere Vorgehen und etwaige Maßnahmen abstimmen.
- (5) Treten so viele Gemeinden aus den Zweckverbänden aus, dass die Gesamtsumme der Einwohner der verbleibenden Zweckverbandsmitglieder, die Gemeinden sind, im Vergleich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Anstaltssatzung um 50 Prozent oder mehr sinkt, kann das Land ohne Zustimmung der übrigen Träger aus der Trägerschaft an der ITEOS ausscheiden. Die Entscheidung über das Ausscheiden nach Satz 1 bedarf eines Beschlusses der Landesregierung. Macht das Land von seinem Recht nach Satz 1 Gebrauch, können die übrigen Träger anstelle des Ausscheidens des Landes die Auflösung der ITEOS nach Absatz 1 und 2 verlangen; in diesem Fall findet § 7 keine Anwendung.

§ 14 Übergangsbestimmung

- (1) Der bis zur Konstituierung des Verwaltungsrats amtierende Verwaltungsratsvorsitzende der Datenzentrale Baden-Württemberg lädt die Mitglieder des Verwaltungsrats zur konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrats ein, die spätestens sechs Arbeitstage nach Inkrafttreten dieser Satzung stattfinden soll. Er leitet die konstituierende Sitzung bis der Verwaltungsrat aus seiner Mitte ein Mitglied des Verwaltungsrats bestellt hat, das die Durchführung der vorgeschriebenen Wahlen leitet. Mit der Konstituierung des Verwaltungsrats tritt der Verwaltungsrat an die Stelle des Verwaltungsrats der Datenzentrale Baden-Württemberg; die Ausschüsse des Verwaltungsrats der Datenzentrale Baden-Württemberg sind aufgelöst. Zugleich endet die Tätigkeit der Mitglieder des Verwaltungsrats der Datenzentrale Baden-Württemberg.

- (2) Mit der Bestellung des Vorstands tritt dieser an die Stelle des Vorstands der Datenzentrale Baden-Württemberg.

§ 15 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Ablauf des 30. Juni 2018 in Kraft.

Eine zentrale Voraussetzung für den Beitritt der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg (DZ BW) und für ihre Vereinigung zum Gesamtzweckverband 4IT ist ein für alle Fusionspartner ausgewogener Vermögensausgleich.

Dieser muss sowohl das Verhältnis der drei Zweckverbände zueinander im neuen Gesamtzweckverband 4IT wie auch das Verhältnis des Gesamtzweckverbands 4IT zum Land als zweiter Träger von **ITEOS** berücksichtigen.

Zentrale Prämisse für den angestrebten Ausgleich ist, dass kein Fusionspartner in eine Nachschusspflicht gerät und kein monetärer Ausgleich zwischen dem Gesamtzweckverband 4IT und dem Land als gemeinsame Träger von **ITEOS** erforderlich ist.

Ausgangsbasis für den Vermögensausgleich ist das von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner/Stolz im Zuge der „commercial due diligence“ erstellte Erstgutachten zur Unternehmensbewertung (Stichtag 31.12.2014), das im weiteren Fusionsprozess fortgeschrieben wurde.

Vereinbarte Grundsätze

Für den einheitlichen Verschmelzungs- und Fusionszeitpunkt zum 01.07.2018 hat der Lenkungsausschuss die nachfolgenden Grundsätze vereinbart:

- 1) Stichtag für den finalen Vermögensausgleich ist für alle Unternehmenseinheiten der 30.06.2018.
- 2) Grundlage des Vermögensausgleichs stellt die fortgeschriebene gutachtliche Stellungnahme über die Ermittlung der voraussichtlichen Unternehmenswerte zum 30.06.2018 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner/Stolz dar.
- 3) Die für die Fusionspartner ermittelten Unternehmenswerte setzen sich aus den eingebrachten Buchwerten sowie aus den stillen Reserven und Lasten zusammen. Sie entsprechen somit nicht den bilanzierten Buchwerten.
- 4) Die nicht gewinnorientierten Zweckverbände und die DZ BW werden mit Ausnahme der eigenerstellten Softwareverfahren grundsätzlich nach dem Substanzwertverfahren bewertet. Die gewinnorientierten Tochterunternehmen (EVG GmbH, IIRU GmbH, *endica* GmbH, KRBF GmbH, RZRS GmbH) werden nach dem Ertragswertverfahren bzw. mit dem eventuell höheren Substanzwert bewertet.
- 5) Die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen werden mit der Umlageverpflichtung gegenüber dem kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) bewertet.
- 6) Das Land behält für den ermittelten Unternehmenswert der DZ BW einen Anteil am Stammkapital der **ITEOS** in Höhe von 12 Prozent und übernimmt die damit einhergehende anteilige Trägerhaftung.

Vorläufige Unternehmensbewertung

Für die Wertermittlung wurde das Unternehmenswertgutachten vom 31.12.2014 auf Grundlage der Jahresabschlüsse zum 31.12.2016 sowie der Hochrechnungen der voraussichtlichen Jahresabschlüsse zum 31.12.2017 und zum 30.06.2018 fortgeschrieben.

Die Summe der Einzelwerte der Unternehmen beträgt nach Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner/Stolz vor konsolidierter Konzernbetrachtung zum Stichtag 30.06.2018 ca. 126 Mio. Euro, s. Tab. 1.

	DZ BW	KDRS	KIVBF	KIRU	Gesamt
Wert in Tsd. Euro	20.211	22.996	51.801	31.285	126.293

Tab. 1: Voraussichtliche Unternehmenswerte zum 30.06.2018 nach Gutachten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner/Stolz vor konsolidierter Konzernbetrachtung

In den Unternehmenswerten der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF ist auch der Unternehmenswert des Beteiligungsanteils an der DZ BW erfasst. Dieser Anteil muss beim Vermögensausgleich aus dem jeweiligen Wert der Zweckverbände herausgerechnet werden, da ansonsten eine Doppelerfassung erfolgen würde.

Nach Konsolidierung der einzelnen Unternehmenswerte um den Beteiligungsanteil an der DZ BW ergibt sich unter Einhaltung der vereinbarten Grundsätze ein künftiger Gesamtwert von ITEOS von 102 Mio. Euro, s. Tab. 2.

	DZ BW	KDRS	KIVBF	KIRU	Gesamt
Wert in Tsd. Euro	12.240	22.440	44.880	22.440	102.000

Tab. 2: Beteiligungswerte der Fusionspartner nach konsolidierter Konzernbetrachtung

Weiteres Vorgehen

Aufgrund der noch ausstehenden Jahresabschlüsse für das Jahr 2017 und das erste Halbjahr 2018 sowie der abschließenden Bewertung der stillen Reserven und Lasten (Umlageverpflichtungen für Pensionen und Beihilfen sowie Beteiligungen) können sich bei den oben genannten Unternehmenswerten noch Veränderungen ergeben.

Die endgültigen Unternehmenswerte ergeben sich erst aus der Bewertung der Schlussbilanzen zum 30.6.2018. Ein sich daraus eventuell ergebender höherer eingebrachter Unternehmenswert als der vorläufig ermittelte wird dem jeweiligen Partner zugeschrieben und soll ggf. durch niedrigere Entgelte für in Anspruch genommene Leistungen kompensiert werden.

Der finale Vermögensausgleich wird dem Verwaltungsrat und der Verbandsversammlung des Gesamtzweckverbands 4IT in der zweiten Jahreshälfte 2018 zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt.

Satzungsentwurf Zweckverband 4IT

Präambel

Mit übereinstimmenden Beschlüssen ihrer Zweckverbandsversammlungen haben

- der Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (**KDRS**) (Beschluss vom ...)
- der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen Ulm (**KIRU**) (Beschluss vom ...)
- der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (**KIVBF**) (Beschluss vom ...)

mit den in der Anlage 1 zu dieser Satzung aufgeführten Mitgliedern beschlossen, sich gemäß § 20a GKZ zu einem neuen Zweckverband zu vereinigen (im Folgenden: Verband) und die folgende Satzung des Verbands gem. § 20b GKZ zu vereinbaren:

§ 1 Mitglieder, Name, Sitz

- (1) Mitglieder des Verbandes sind die in Anlage 1 zu dieser Satzung aufgeführten Städte, Gemeinden, Landkreise, weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts und sonstige Mitglieder.
- (2) Der Verband führt den Namen "Zweckverband 4IT".
- (3) Der Verband hat seinen Sitz in Karlsruhe.

§ 2 Aufgaben

Der Verband ist einer der Träger der ITEOS, Anstalt öffentlichen Rechts, mit dem Sitz in Stuttgart (§ 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung (ADV-Zusammenarbeitsgesetz)) (im Folgenden: ITEOS). Er hat die Trägerschaft in der ITEOS unter Berücksichtigung der Interessen seiner Mitglieder auszuüben, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen, über grundlegende Angelegenheiten der ITEOS zu beschließen, deren Ausführung und Aufgabenerfüllung zu überwachen, die Verwendung des in die ITEOS als Stammkapital eingebrachten Vermögens zu kontrollieren und die Vertreter des Verbands in den Verwaltungsrat der ITEOS zu bestellen.

§ 3 Organe

Organe des Verbands sind

- (1) die Verbandsversammlung,
- (2) der Verwaltungsrat und
- (3) der Verbandsvorsitzende.

§ 4 Zusammensetzung und Aufgaben der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus Vertretern der Mitglieder; für Mitglieder, die keine Gemeinden oder Landkreise sind, ist § 13 Abs. 4 GKZ entsprechend anzuwenden.
- (2) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Verbands. Sie entscheidet über die ihr durch Gesetz und diese Satzung zugewiesenen Angelegenheiten und überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse. Sie ist für alle Angelegenheiten zuständig, für die nicht die Zuständigkeit des Verwaltungsrates oder des Verbandsvorsitzenden gegeben ist.
- (3) Die Verbandsversammlung beschließt mit 2/3 Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmzahl ihrer Mitglieder über
 - a) Erlass oder Änderung dieser Satzung,
 - b) Ausschluss von Mitgliedern, einschließlich der abzuschließenden Auseinandersetzungsvereinbarung,
 - c) Weisungen an die in den Verwaltungsrat der ITEOS entsandten Verwaltungsräte in den Fällen des § 6 Abs. 1 Satz 3 Nummer 14 ADVZG,
 - d) Auflösung des Verbands,
 - e) Änderung der Satzung der ITEOS,
 - f) Auflösung der ITEOS.
- (4) Die Verbandsversammlung beschließt mit der Mehrheit der satzungsgemäßen Stimmzahl ihrer Mitglieder über
 - a) die Wahl des Verbandsvorsitzenden aus ihrer Mitte,
 - b) die Wahl von 3 Stellvertretern des Verbandsvorsitzenden aus ihrer Mitte,
 - c) die Bestellung der Verwaltungsräte des Verbands in der ITEOS aus dem Kreis der Verwaltungsräte des Verbands; dabei sind die Kriterien des § 8 entsprechend anzuwenden,
 - d) Weisungen in Einzelfällen an die in den Verwaltungsrat der ITEOS entsandten Verwaltungsräte in anderen Fällen als Abs. 3 c),
 - e) eine andere als die in Abs. 3 a) genannte Satzung.

- (5) Die Verbandsversammlung beschließt im Übrigen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen über
- a) Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes, Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung,
 - b) die Festsetzung von Verbandsumlagen und Änderungen des Umlageschlüssels,
 - c) Bestimmung eines Abschlussprüfers,
 - d) Errichtung, wesentliche Änderungen und Auflösung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie Beteiligung an solchen,
 - e) Bildung beratender Gremien aus ihrer Mitte für bestimmte Angelegenheiten, unbeschadet Abs. 6,
 - f) die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsführung,
 - g) die Übertragung von einzelnen Aufgaben der Verbandsversammlung auf den Verwaltungsrat,
 - h) alle sonstigen Angelegenheiten, die für den Verband von grundsätzlicher Bedeutung sind.
- (6) Die Verbandsversammlung kann beratende Beiräte (z.B. Mitgliederbeiräte) durch Beschluss mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen einrichten und auflösen. Durch Beschluss mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen können Vertreter der Mitglieder in der Verbandsversammlung oder sonstige Bedienstete der Mitglieder in die beratenden Beiräte gewählt und/oder in die Beiräte der ITEOS entsandt werden. Die beratenden Beiräte und die in die Beiräte der ITEOS entsandten Mitglieder berichten dem Verwaltungsrat und der Verbandsversammlung regelmäßig über ihre Tätigkeit.

§ 5 Verbandsversammlung Stimmrecht

- (1) Die Stimmen der einzelnen Mitglieder ergeben sich kumulativ aus den fiktiv berechneten Einwohnerzahlen gem. Abs. 2 und aus ihrem Umsatz des Vorjahres gem. Abs. 3 soweit nicht Abs. 4 Anwendung findet.
- (2) Der einwohnerbezogene Stimmanteil ergibt sich aus der Einwohnerzahl der Mitglieder nach § 143 GemO, vervielfacht mit dem Faktor
- 0,9 bei Gemeinden bis 7.500 Einwohner,
 - 1,0 bei Gemeinden bis 20.000 Einwohner,
 - 1,1 bei Großen Kreisstädten,
 - 1,4 bei Stadtkreisen und
 - 0,4 bei Landkreisen;

(Veredelte Einwohner).

Je angefangene 1.000 veredelte Einwohnerzahl nach Satz 1 ergeben eine Stimme.

- (3) Der umsatzbezogene Stimmenanteil ergibt sich aus dem mit der ITEOS generierten Umsatz des Vorjahres multipliziert mit dem Faktor 2; im Folgenden: Veredelter Umsatz. Je angefangene 10.000,00 € veredelter Umsatz ergeben eine Stimme.
- (4) Die Stimmen der Mitglieder ohne Einwohner ermitteln sich nach Abs. 3.
- (5) Unbeschadet der Abs. 2 bis 4 hat jedes Mitglied jedoch mindestens eine (1) Stimme.
- (6) Die Stimmen der einzelnen Mitglieder nach Abs. 2 bis 5 werden zusammen mit der Einladung der Verbandsversammlung sämtlichen Mitgliedern mitgeteilt; Fehler in der Zahl der mitgeteilten Stimmen können durch Bekanntgabe der richtigen Stimmzahl in der Verbandsversammlung beseitigt werden.
- (7) Jedes Mitglied kann seine Stimmen nur einheitlich abgeben.
- (8) Neu aufgenommene Mitglieder (§ 14 Abs. 1) können ihr Stimmrecht erstmalig nach Inkrafttreten der Satzung ausüben, die ihre Aufnahme regelt.
- (9) Mitgeteilte Stimmzahlen, die möglicherweise fehlerbehaftet sind und nicht nach Abs. 6 bereinigt wurden, sind für die Beschlüsse in der Verbandsversammlung nur beachtlich, wenn
 - a) diese möglichen Fehler dem Vorstandsvorsitzenden innerhalb von sechs Monaten nach der jeweiligen Verbandsversammlung mitgeteilt worden sind und
 - b) die Verbandsversammlung feststellt, dass ein Fehler vorgelegen hat und
 - c) nicht auszuschließen ist, dass ohne den aufgetretenen Fehler sich ein anderes Abstimmungsergebnis bei den Beschlüssen ergeben hätte.

Die Feststellung ist getrennt nach den einzelnen Beschlüssen zu treffen. Liegt ein beachtlicher Fehler nach Satz 1 vor, entscheidet die Verbandsversammlung erneut über die betroffenen Beschlüsse.

- (10) Für die Verbandsversammlungen im Jahr 2018 werden die Stimmen nach der veredelten Einwohnerzahl (Abs. 2) und den veredelten Umsätzen (Abs. 3) im Jahr 2017 mit dem jeweiligen

bisherigen Zweckverband oder dessen Tochtergesellschaft(en) berechnet. Abs. 4 und 5 finden Anwendung.

- (11) Für die Verbandsversammlungen im Jahr 2019 werden die Stimmen nach der veredelten Einwohnerzahl (Abs. 2) und den veredelten Umsätzen (Abs. 3) berechnet. Für die Ermittlung der veredelten Umsätze werden die Umsätze mit dem bisherigen Zweckverband und dessen Tochtergesellschaft(en) im Jahr 2018 (bis zum Inkrafttreten dieser Satzung) sowie die Umsätze mit der ITEOS und deren Tochtergesellschaften im Jahr 2018 (nach Inkrafttreten dieser Satzung) zusammengerechnet. Abs. 4 und 5 finden Anwendung.

§ 6 Geschäftsgang der Verbandsversammlung

- (1) Der Verbandsvorsitzende beruft die Verbandsversammlung schriftlich mit einer Frist von mindestens 1 Monat unter Angabe der Tagesordnung zu den Sitzungen ein. In dringenden Fällen kann die Einladung formlos und ohne Einhaltung einer Frist ergehen. Die Verbandsversammlung ist bei Bedarf, jedoch mindestens einmal im Jahr, einzuberufen. Sie muss einberufen werden, wenn dies von Verbandsmitgliedern mit mindestens 1/3 der Stimmen aller Verbandsmitglieder nach dem Stand der Stimmen in der letzten Verbandsversammlung unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes, der zum Aufgabenbereich der Verbandsversammlung gehören muss, beantragt wird.
- (2) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmen vertreten ist. Zusammen mit der Einladung nach Abs.1 kann der Verbandsvorsitzende für den Fall, dass die ordnungsgemäß einberufene Verbandsversammlung nicht beschlussfähig ist, zu einer neuen Verbandsversammlung mit der gleichen Tagesordnung einberufen, die nach Ablauf mindestens einer Stunde nach der beschlussunfähigen Verbandsversammlung stattfinden kann und ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig ist.
- (3) Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen der Verbandsversammlung beratend teil. Der Verbandsvorsitzende kann Sachverständige zur Beratung hinzuziehen.
- (4) Die Niederschriften über die Sitzungen der Verbandsversammlung werden von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer unterzeichnet.
- (5) Einberufungen, Tagesordnungen, Sitzungsunterlagen, Protokolle und sonstige Unterlagen können schriftlich oder elektronisch übermittelt oder in einem technisch individuell gegen Zugriffe Dritter geschütztem Bereich (Gremieninformationssystem) zur Verfügung gestellt werden.

- (6) Unbeschadet § 15 GKZ gelten im Übrigen für den Geschäftsgang der Versammlung, die für den Gemeinderat geltenden Bestimmungen der Gemeindeordnung entsprechend.

§ 7 Verbandsvorsitzender

- (1) Der Verbandsvorsitzende sowie sein erster, zweiter und dritter Stellvertreter werden von der Versammlung auf die Dauer von jeweils 3 Jahren gewählt; die Amtszeit des ersten Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter endet davon abweichend am 31.12.2021. Nach Ablauf ihrer Amtszeit führen sie ihr Amt bis zum Amtsantritt des neu gewählten Verbandsvorsitzenden oder seiner Stellvertreter weiter. Scheiden der Verbandsvorsitzende oder der Stellvertreter aus ihrem Hauptamt aus, so endet auch ihr Amt als Vorsitzender bzw. Stellvertreter. Die Versammlung hat für den Rest der Amtszeit einen neuen Verbandsvorsitzenden bzw. Stellvertreter zu wählen.
- (2) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Versammlung und des Verwaltungsrates. Er bereitet die Sitzungen der Versammlung, des Verwaltungsrates und der Ausschüsse vor und erledigt in eigener Zuständigkeit die ihm durch Gesetz und diese Satzung übertragenden Aufgaben.
- (3) In dringenden Angelegenheiten, wenn Erledigungen nicht bis zu einer Sitzung des Verwaltungsrates aufgeschoben werden können, entscheidet der Verbandsvorsitzende an Stelle des Verwaltungsrates. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Mitgliedern des Verwaltungsrates unverzüglich mitzuteilen.
- (4) Der Verbandsvorsitzende ist verpflichtet, die Versammlung und den Verwaltungsrat in sinngemäßer Anwendung der §§ 24 Abs. 3 und 43 Abs. 5 der GemO zu unterrichten.

§ 8 Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und 41 entsandten Vertretern der Mitglieder.
- (2) In den Verwaltungsrat werden entsandt
- a) aus dem Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KDRS 10 Mitglieder, davon
- 2 Vertreter aus der Gruppe der Gemeinden bis 7.500 Einwohner,
 - 2 Vertreter aus der Gruppe der Gemeinden bis 20.000 Einwohner,

- 2 Vertreter aus der Gruppe der Großen Kreisstädte,
 - 2 Vertreter aus der Gruppe der Stadtkreise,
 - 2 Vertreter aus der Gruppe der Landkreise.
- b) aus dem Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KIRU 10 Mitglieder, davon
- 2 Vertreter aus der Gruppe der Gemeinden bis 7.500 Einwohner,
 - 2 Vertreter aus der Gruppe der Gemeinden bis 20.000 Einwohner,
 - 2 Vertreter aus der Gruppe der Großen Kreisstädte,
 - 2 Vertreter aus der Gruppe der Stadtkreise,
 - 2 Vertreter aus der Gruppe der Landkreise.
- c) aus dem Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KIVBF 20 Mitglieder, davon
- 4 Vertreter aus der Gruppe der Gemeinden bis 7.500 Einwohner,
 - 4 Vertreter aus der Gruppe der Gemeinden bis 20.000 Einwohner,
 - 4 Vertreter aus der Gruppe der Großen Kreisstädte,
 - 4 Vertreter aus der Gruppe der Stadtkreise,
 - 4 Vertreter aus der Gruppe der Landkreise.
- d) 2 Vertreter der Mitglieder, die keiner der unter a) bis c) genannten jeweils 5 Gruppen zugeordnet sind.
- (3) Für jedes Mitglied des Verwaltungsrates ist ein Stellvertreter zu bestimmen.
- (4) Die zu entsendenden Vertreter nach Absatz 2 und ihre Stellvertreter nach Absatz 3 der in Absatz 2 lit. a) bis d) genannten Gruppen werden von der jeweiligen Gruppe benannt. Stehen einer unter Abs. 2 lit. a) bis d) genannten Gruppe mehr Vertreter zu als es Mitglieder in dieser Gruppe gibt, kann diese Gruppe auch ein Mitglied aus einer anderen Gruppe des gleichen ehemaligen Zweckverbandes als Vertreter für ihre Gruppe benennen. Das Verfahren zur Benennung der Vertreter und ihrer Stellvertreter obliegt den jeweiligen Gruppen.
- (5) Jedes Mitglied des Verwaltungsrates hat eine Stimme; das Stimmrecht kann auf ein anderes Verwaltungsratsmitglied übertragen werden, wenn auch der jeweilige Stellvertreter verhindert ist.
- (6) Die Amtszeit der Mitglieder und Stellvertreter des Verwaltungsrates beträgt 5 Jahre. Sie endet vorzeitig, wenn ein Mitglied oder Stellvertreter aus seinem Hauptamt ausscheidet. Beim vorzeitigen Ausscheiden von Mitgliedern oder Stellvertretern sind für die restliche Amtszeit Ersatzmitglieder oder Ersatzstellvertreter zu bestimmen.

§ 9 Aufgaben des Verwaltungsrates

- (1) Der Verwaltungsrat berät die Beschlüsse der Verbandsversammlung vor und beschließt Empfehlungen; er kann die Beschlüsse des Verwaltungsrates der ITEOS vorberaten und Empfehlungen beschließen.
- (2) Er entscheidet darüber hinaus über Weisungen an die in den Verwaltungsrat der ITEOS entsandten Verwaltungsräte in folgenden Fällen:
 - a) die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands von ITEOS, § 6 Abs. 1 Satz 3 Nummer 1 ADZVG
 - b) Maßnahmen und Rechtsgeschäfte nach § 10 Abs. 1, auch in Verbindung mit Abs. 5 ADVZG, § 6 Abs. 1 Satz 3 Nummer 4, Abs. 2 ADVZG,
 - c) die Grundsätze der Wirtschaftsführung und der Aufgabenerfüllung der ITEOS, § 6 Abs. 1 Satz 3 Nummer 6 ADVZG,
 - d) andere Angelegenheiten, soweit sie über den Einzelfall hinaus für die ITEOS besondere Bedeutung haben, § 6 Abs. 1 Satz 3 Nummer 11 ADVZG.

§ 10 Geschäftsgang des Verwaltungsrats

- (1) Der Verbandsvorsitzende beruft den Verwaltungsrat mit einer Frist von mindestens 14 Tagen schriftlich oder elektronisch unter Angabe der Tagesordnung zu den Sitzungen ein. In dringenden Fällen kann die Einladung formlos und ohne Einhaltung einer Frist ergehen. Der Verwaltungsrat ist nach Bedarf einzuberufen. Er muss einberufen werden, wenn mindestens 1/4 seiner Mitglieder dies unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes, der zum Aufgabenbereich des Verwaltungsrates gehören muss, beim Verbandsvorsitzenden beantragt.
- (2) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend und die Sitzung ordnungsgemäß einberufen ist. Zusammen mit der Einladung nach Abs.1 kann der Verbandsvorsitzende für den Fall, dass der ordnungsgemäß einberufene Verwaltungsrat nicht beschlussfähig ist, zu einer neuen Verwaltungsratssitzung mit der gleichen Tagesordnung einberufen, die nach Ablauf mindestens einer Stunde nach der beschlussunfähigen Verwaltungsratssitzung stattfinden kann und ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist.
- (3) Für die Beschlussfassung gilt § 37 der GemO sinngemäß, soweit das Gesetz über kommunale Zusammenarbeit oder diese Satzung nichts anderes bestimmen. Angelegenheiten einfacher Art

können im schriftlichen Verfahren beschlossen werden. Der gestellte Antrag gilt als angenommen, wenn kein Mitglied innerhalb einer Frist von zwei Wochen vom Tag des Zugangs der Aufforderung an gerechnet, widersprochen hat.

- (4) Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates beratend teil, soweit dieser nicht im Einzelfall abweichendes beschließt. Der Verbandsvorsitzende kann Sachverständige zur Beratung hinzuziehen.
- (5) Die Niederschriften über die Sitzungen des Verwaltungsrates werden vom Verbandsvorsitzenden und vom Schriftführer unterzeichnet.
- (6) § 6 Abs. 5 findet Anwendung.

§ 11 Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

- (1) Der Verbandsvorsitzende, seine Stellvertreter, die Mitglieder der Verbandsversammlung, die Verwaltungsräte und deren Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.
- (2) Durch Satzung kann die Verbandsversammlung angemessene Aufwandsentschädigungen festsetzen.

§ 12 Verbandsverwaltung und Geschäftsführung

- (1) Die Verbandsversammlung kann durch Beschluss dem Verwaltungsrat die Befugnis einräumen oder diesen beauftragen, eine Geschäftsstelle mit einem oder mehreren Geschäftsführern einzurichten.
- (2) Der Verwaltungsrat wählt auf Vorschlag des Verbandsvorsitzenden den oder die Geschäftsführer, entscheidet über den Sitz der Geschäftsstelle sowie deren personelle und sachliche Ausstattung.
- (3) Der Verbandsvorsitzende kann der Geschäftsführung Weisungen erteilen, um die Erfüllung der Aufgaben des Verbandes zu sichern.
- (4) Der Verbandsvorsitzende muss anordnen, dass Maßnahmen der Geschäftsführung, die er für gesetzwidrig hält, unterbleiben oder rückgängig gemacht werden; er kann dies anordnen, wenn er der Auffassung ist, dass Maßnahmen für den Verband nachteilig sind.

- (5) Die Geschäftsverteilung innerhalb der Geschäftsführung regelt der Verbandsvorsitzende mit Zustimmung des Verwaltungsrates durch eine Geschäftsordnung.
- (6) Die Geschäftsführung hat den Verbandsvorsitzenden rechtzeitig und laufend über alle wichtigen Angelegenheiten des Verbands zu unterrichten.

§ 13 Wirtschaftsführung und Umlage

- (1) Wirtschaftsjahr des Zweckverbands ist das Kalenderjahr.
- (2) Der Finanzbedarf des Zweckverbands wird, soweit er nicht durch Beiträge Dritter, sonstige Erträge und Einzahlungen oder Darlehen gedeckt wird, durch Umlagen finanziert.
- (3) Die Umlagen werden auf die Zweckverbandsmitglieder entsprechend ihrer durchschnittlichen Stimmzahl nach § 5 der letzten drei Jahre vor der Umlage umgelegt.
- (4) Die Umlagen werden zu Beginn des laufenden Wirtschaftsjahres zur Zahlung fällig. Der Zweckverband kann für rückständige Beträge Säumniszuschläge nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes fordern.
- (5) Auf die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen finden nach § 20 GKZ die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften unmittelbar Anwendung mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Betriebssatzung die Verbandssatzung, an die Stelle des Gemeinderats die Verbandsversammlung, an die Stelle des Bürgermeisters der Verbandsvorsitzende und an die Stelle des Betriebsausschusses der Verwaltungsrat tritt, Von der Festsetzung eines Stammkapitals wird abgesehen.

§ 14 Aufnahmen und Ausscheiden von Mitgliedern

- (1) Der Gesamtzweckverband kann unter Beachtung des GKZ weitere Mitglieder aufnehmen, soweit diese öffentliche Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB sind.
- (2) Jedes Mitglied kann seine Mitgliedschaft entsprechend den Bestimmungen im ADVZG durch schriftliche Erklärung kündigen. Die Kündigung wird frühestens zum Ablauf des Jahres, das auf das Jahr ihres Zuganges beim Zweckverband folgt, wirksam.
- (3) Der Ausschluss eines Verbandsmitgliedes ist zulässig, wenn dieses trotz zweimaliger Androhung seines Ausschlusses seine Pflichten als Mitglied weiterhin gröblich verletzt.

- (4) Ein nach Absatz 2 oder 3 ausgeschiedenes Mitglied hat auf eine Beteiligung am Verbandsvermögen keinen Anspruch.
- (5) Das durch die Kündigung, Ausschluss oder Wegfall ausscheidende Verbandsmitglied haftet für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten des Verbandes.

§ 15 Auflösung des Verbands

- (1) Die Auflösung des Verbands ist nur zulässig, nachdem er als Träger aus der ITEOS ausgeschieden und die Vermögensauseinandersetzung zwischen den Trägern der ITEOS vereinbart ist.
- (2) Im Falle der Auflösung wird das Verbandsvermögen nach Erfüllung der Verbindlichkeiten auf die dem Verband zu diesem Zeitpunkt angehörenden Mitglieder nach ihrer durchschnittlichen Stimmzahl in den letzten 5 ordentlichen Verbandsversammlungen gem. § 5 verteilt. Dieser Schlüssel ist auch für die Verteilung des Personals auf die Verbandsmitglieder maßgebend. Ausgeschiedene Mitglieder werden nicht beteiligt.

§ 16 Schlichtungsverfahren

Bei Streitigkeiten zwischen dem Verband und den Verbandsmitgliedern oder den Verbandsmitgliedern untereinander über Rechte und Pflichten aus dem Verbandsverhältnis ist eine Schlichtungsstelle bestehend aus je einem Vertreter des Baden-Württembergischen Städte-, Gemeinde- und Landkreistages zu bilden und anzurufen. Die Schlichtungsstelle soll nach Anhörung der Beteiligten einen schriftlichen Einigungsvorschlag unterbreiten.

§ 17 öffentliche Bekanntmachungen

Die öffentlichen Bekanntmachungen und sonstigen Bekanntgaben des Verbands erfolgen im Staatsanzeiger für das Land Baden-Württemberg.

§ 18 Entstehen/Inkrafttreten

Der Verband entsteht unmittelbar im Anschluss an das Inkrafttreten der Satzung der ITEOS.

Präambel

Mit dem Ziel, durch eine gemeinsame Aufgabenerfüllung eine gesicherte zukunftsorientierte Weiterentwicklung der kommunalen Informationsverarbeitung in Baden-Württemberg, insbesondere für die angeschlossenen Kommunen und kommunalen Kunden sicherzustellen, haben sich die drei Kommunalen Rechenzentren, Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS), Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) und die Datenzentrale Baden-Württemberg (DZ), gemeinsam mit Ihren Tochterfirmen Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH (RZRS), Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH (IIRU), Kommunales Rechenzentrum Baden-Franken GmbH (KRBF), endica GmbH und der DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH als Partner zu einer engen Zusammenarbeit entschlossen. Ziel ist die Errichtung einer gemeinsamen Anstalt öffentlichen Rechts mit Namen ITEOS zusammen mit dem Land zum 01.07.2018 und die Vereinigung der Zweckverbände zu einem neuen Zweckverband im unmittelbaren Anschluss daran sowie eine Verschmelzung ihrer Betriebs-Gesellschaften rückwirkend zum 01.07.2018.

Prämissen:

1. Das **Land Baden-Württemberg** wird Mitträger und Kunde des neuen Unternehmens sein.
2. Die Unternehmensform/Rechtsform wird so gewählt, dass die **Inhouse-Fähigkeit** für alle Träger und **Drittmarktfähigkeit** im bisherigen Umfang gewährleistet ist.
3. Unternehmenssitz der ITEOS (Anstalt öffentlichen Rechts) ist Stuttgart
4. Unternehmenssitz des neuen Zweckverbands 4IT ist Karlsruhe
5. Unternehmenssitz der Betriebs GmbH (DIKO) ist Reutlingen
6. Unternehmenssitz der DZ EVG GmbH ist Stuttgart
7. Unternehmenssitz der endica GmbH ist Karlsruhe

Die **regionalen Betriebsstätten** Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Reutlingen, Stuttgart und Ulm bleiben mit Personal erhalten.

Eckpunkte

1. Größtmögliche **Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit ohne Qualitätseinbußen** unter **Beibehaltung der Nähe zu Mitgliedern und Kunden.**
2. **Sicherung der Investitionsfähigkeit** für neue Lösungen und innovative Technologien durch ein zentrales Budget für **Forschung, Entwicklung und Innovation.**
3. Absicherung gegen demographische und fachliche Personaleffekte durch Bündelung von Ressourcen. Angestrebt ist – gleicher Aufgabenumfang vorausgesetzt – ein **Personalabbau bei der ITEOS**; dieser hat **sozialverträglich** an den Standorten zu erfolgen. Um den sozialverträglichen Personalabbau zu unterstützen ist ein Konzept zu erstellen, welches den Beamten und Beschäftigten ermöglicht, im Rahmen der Fusion vorzeitig auf freiwilliger Basis auszuscheiden.

Ziele

1. **Errichtung der ITEOS und** Vereinigung zum **neuen Zweckverband 4IT** zum 01.07.2018, sowie **Verschmelzung der Betriebsgesellschaften** rückwirkend zum 01.07.2018.
2. Überführung der Bestandskunden der Entsorger-/Versorgerbranche in die endica GmbH nach dem 1.7.2018.
3. Durchführung **struktureller Rationalisierungsmaßnahmen**, auf Basis der in der Due-Diligence dargestellten Einsparpotenziale und Rahmenbedingungen
 - a. Sukzessive Realisierung von 25 Mio. € an Einsparpotenzialen im Laufe der folgenden 5 Jahre nach dem 30.06.2018. Die Betrachtung erfolgt grundsätzlich ausgehend vom Zeitpunkt März 2015, in den ersten 5 Jahren kumulativ, danach jährlich..
 - b. Konsolidierung/Stabilisierung des Umsatzes sowie Kundenbindung im Heimatmarkt innerhalb der ersten 5 Jahre nach Transformation. Ziel: Wachstum 1% p.a. primär durch Neukundengeschäft.
 - c. Ein Ergebnisanteil von ca. 5% wird jährlich geplant, zur Deckung der Aufwendungen für Forschung & Entwicklung, die zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des neuen Unternehmens verwendet werden.

Dazu werden folgende Maßnahmen von den Fusionspartnern angestrebt und vorgesehen:

Kapitel 1

Gemeinsame Anstalt

§ 1

Bildung der Anstalt

- (1) Die Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF übernehmen zum 01.07.2018 gemeinsam die Trägerschaft an der Datenzentrale zusammen mit dem Land (Beitritt). Der Beitritt erfolgt durch die Vereinbarung einer Änderung der Satzung der Datenzentrale (Anstaltssatzung) zwischen dem Land und den Zweckverbänden.
- (2) Die aus dem Beitritt entstehende Anstalt des öffentlichen Rechts trägt die Bezeichnung:
ITEOS
- (3) Im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Anstaltssatzung geht das in diesem Zeitpunkt vorhandene gesamte jeweilige Vermögen der Zweckverbände unter Begründung ihrer Trägerschaft an der ITEOS unmittelbar im Wege der Gesamtrechtsnachfolge kraft Gesetzes auf die ITEOS über. Der Vermögensübergang im Wege der Gesamtrechtsnachfolge bedeutet, dass neben dem Vermögen auch sämtliche Rechten und Pflichten übertragen werden. Hiervon unberührt bleiben die Zweckverbandsmitgliedschaften und die originär damit zusammenhängenden Rechtsverhältnisse.
- (4) Die Anstalt nimmt ihre Tätigkeit ab 01.07.2018 auf. Die Aufgaben sind in § 3 ADVZG definiert.
- (5) Die Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF werden sich zu einem neuen Zweckverband vereinigen, der als deren Rechtsnachfolger in die gemeinsame Trägerschaft an der ITEOS zusammen mit dem Land eintritt.

§ 2

Personal der Anstalt

- (1) Im Rahmen der unter § 1 dargestellten Errichtung der ITEOS übernimmt die ITEOS unmittelbar im Wege einer gesetzlich angeordneten Rechtsnachfolge das Personal der bisherigen Zweckverbände zusätzlich zu dem bereits beschäftigten Personal der Datenzentrale. Näheres regeln die landesrechtlichen Vorschriften.
- (2) Den Beschäftigten sind auf fünf Jahre befristete Beschäftigungs- und Standortgarantien, nicht aber Tätigkeitsgarantien, zuzusichern. Allen Beschäftigten werden entsprechend ihrer Eingruppierung und Besoldung gegebenenfalls neue Tätigkeiten zugewiesen. Fusionsbedingte betriebliche Kündigungen sind ausgeschlossen.

- (3) Die künftige Vergütung der Arbeitnehmer erfolgt nach TVöD, die Besoldung der Beamten ergibt sich aus dem Landesbesoldungsgesetz. Darüber hinaus strebt die ITEOS an, das vom Lenkungsausschuss 4IT in seiner Sitzung am 31.03.2017 empfohlene Konzept zur künftigen Bezahlung (z. B. AT-Arbeitsverträge, Freie Verträge Zielvereinbarungen), ergänzend zu Satz 1 durch Beschluss im künftigen Verwaltungsrat in Kraft zu setzen. Altverträge der Beschäftigten (z. B. AT-Arbeitsverträge, Freie Verträge) und Stati der Beamten bleiben unberührt.

§ 3

Zielfunktionen zu den Standorten

- (1) Die Fusionspartner haben sich darauf geeinigt die folgenden wesentlichen Funktionsbereiche der ITEOS sowie deren Beteiligungen unter Berücksichtigung von Fluktuation und Verrentung an folgenden Standorten zu bündeln. Die Fusionspartner werden darauf hinwirken, dass der Verwaltungsrat von ITEOS dies per Beschluss bestätigt.
- Sitz des Vorstandes, Kaufmännische Funktionen (wie z.B. Finanzen, Controlling, Personal), sowie wesentliche Stabsfunktionen am Unternehmenssitz Stuttgart (DZBW/KDRS/RZRS)
 - Anwendungsentwicklung der Kernverfahren am Unternehmenssitz Stuttgart (DZBW)
 - Technischer Betrieb der Rechenzentren (IT-Infrastruktur) an den Standorten Stuttgart und Karlsruhe (KDRS/RZRS u. KIVBF/KRBF)
 - Druck, Kuvertierung und Logistik an den Standorten Stuttgart, Karlsruhe sowie Ulm (KDRS/RZRS, KIVBF/KRBF und KIRU/IIRU). Bis zum 30.06.2018 ist eine Entscheidung über die zukünftigen Druckstandorte herbeizuführen
 - Betreuung von Kunden der Energiewirtschaft am Standort Karlsruhe und Reutlingen (KIVBF/KRBF und KIRU/IIRU)
 - Durchführung von Schulungen an allen Standorten, jedoch bei mehrtägigen Schulungen an den Standorten Reutlingen oder Ulm (alle Verbände; bzw. KIRU/IIRU)
 - Produktmanagement, Vertrieb & Kundenmanagement, Consulting & Projektmanagement an allen Standorten gem. der Betreuungsnotwendigkeit bedingt durch die Mitglieder- und Kundenstruktur
 - Verfahrensberatung und Betreuung an allen Standorten
 - Service, Support und Kundenbetreuung an allen Standorten

Dezentrale Notwendigkeiten (z.B. Ansprechpartner für Personalangelegenheiten an Standorten) sind zu berücksichtigen.

- (2) Abweichend von der in § 27 festgeschriebenen Vertragslaufzeit von 5 Jahren vereinbaren die Vertragspartner die Regelungen in § 3 für 10 Jahre festzuschreiben.

§ 4 Verfahren Vermögensbewertung /-vergleich

Der Wert der eingebrachten Vermögensvorteile und -nachteile der Unternehmen der Fusionspartner wird wie folgt bestimmt:

Die Partner werden zum Substanzwert auf den Stichtag 30.06.2018 bewertet. Hierbei werden die Beteiligungen, die Immobilien sowie die bei der DZBW eigenentwickelten Softwareverfahren mit dem Ertragswert in den jeweiligen Bilanzen angesetzt, sofern die Substanzbewertung nicht zu einem höheren Wert als der Ertragswert führt.

Die vom Projekt entwickelte Berechnungslogik der Vermögensausgleichsrechnung wurde auf Plausibilität vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Die Logik wird in der Anlage auf Basis der Abschlusswerte 31.12.2016 auf den bislang zwischen den im LA festgelegten Prämissen beigefügt. Die darin aufgeführten virtuellen Werte entsprechen nicht den eingebrachten Buchwerten sondern sollen die eingebrachten stillen Reserven und Lasten abbilden. Die Stammkapitalanteile werden den Partnern unabhängig von den eingebrachten Buchwerten entsprechend des vereinbarten Anteils (KIVBF 44 %, KIRU 22%, KDRS 22%, Land 12 %) zugewiesen. Im Vorfeld sollen die zum Zeitpunkt der Feststellung vorläufig ermittelten Vermögenswerte so ausgeglichen werden, dass die angestrebten Anteilsverhältnisse erzielt werden. Die konkreten Zahlen können erst mit der Unternehmensbewertung zum 30.06.2018 ermittelt und über die vorgegebene Berechnungslogik dargestellt werden, sodass der endgültige Ausgleich im Rahmen der Feststellung der Jahresabschlüsse zum 30.06.2018 erfolgen wird.

§ 5 Finanzierung der Anstalt

- (1) Die ITEOS deckt ihre Kosten aus Entgelten für ihre Leistungen. Sie kann Benutzungsgebühren nach dem Kommunalabgabengesetz erheben. Ein Benutzungsverhältnis mit der ITEOS kann öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich begründet werden

§ 6 Organe der Anstalt

- (1) Organe des der Anstalt sind
 - a) Der Verwaltungsrat
 - b) Der Vorstand.
- (2) Der Verwaltungsrat hat 26 Mitglieder; 2 Mitglieder werden vom Land Baden-Württemberg, 3 Mitglieder von den kommunalen Landesverbänden Baden-

Württemberg (Städtetag Baden-Württemberg e.V., Gemeindetag Baden-Württemberg e.V. und Landkreistag Baden-Württemberg e.V.), und 21 Mitglieder durch den Gesamtzweckverband bestellt. Für jedes Verwaltungsratsmitglied wird jeweils eine Stellvertretung bestellt. Ein Sitz wird vom Gesamtzweckverband gemeinsam für die Mitglieder bestellt, die keiner der unter Abs. (3) genannten Gruppen zuzuordnen sind.

- (3) Die Träger und die kommunalen Landesverbände bestellen ihre jeweiligen Verwaltungsratsmitglieder und deren Stellvertretungen für eine Amtszeit von fünf Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamts. Scheidet ein Verwaltungsratsmitglied oder dessen Stellvertretung vor Ablauf der Amtszeit aus, wird für den Rest der Amtszeit ein neues Verwaltungsratsmitglied oder eine neue Stellvertretung bestellt. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertretungen. Vorsitzender muss ein von den Trägern bestelltes Verwaltungsratsmitglied sein; gleiches gilt für die Stellvertretungen des Vorsitzenden. Mit Ausnahme der Vertretungen des Landes sind die Verwaltungsratsmitglieder ehrenamtlich tätig.
- (4) In den Verwaltungsrat entsenden
- a) aus dem Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KDRS 5 Mitglieder, davon
 - 1 Vertreter aus der Gruppe der Gemeinden bis 7.500 Einwohner
 - 1 Vertreter aus Gemeinden bis 20.000 Einwohner
 - 1 Vertreter aus Großen Kreisstädten
 - 1 Vertreter aus Stadtkreisen
 - 1 Vertreter aus Landkreisen.
 - b) aus dem Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KIRU 5 Mitglieder, davon
 - 1 Vertreter aus Gemeinden bis 7.500 Einwohner
 - 1 Vertreter aus Gemeinden bis 20.000 Einwohner
 - 1 Vertreter aus Großen Kreisstädten
 - 1 Vertreter aus Stadtkreisen
 - 1 Vertreter aus Landkreisen.
 - c) aus dem Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KIVBF 10 Mitglieder, davon
 - 2 Vertreter aus Gemeinden bis 7.500 Einwohner
 - 2 Vertreter aus Gemeinden bis 20.000 Einwohner
 - 2 Vertreter aus Großen Kreisstädten
 - 2 Vertreter aus Stadtkreisen
 - 2 Vertreter aus Landkreisen.

d) Die Mitglieder des Verwaltungsrats der ITEOS sind auch Mitglieder des Verwaltungsrats des Zweckverbands 4IT.

(5) Verwaltungsratsvorsitzender

Für die Wahl des Verwaltungsratsvorsitzenden soll folgendes gelten:

Die Fusionspartner sind sich darin einig, dass der Vorsitz des Verwaltungsrates der ITEOS und der Vorsitz des Zweckverbands 4IT in Personalunion von einem gemeinsam bestimmten Vertreter ausgeübt werden soll.

Kapitel 2

Gemeinsamer Zweckverband

§ 7

Bildung des Gemeinsamen Zweckverbandes (GZV)

- (1) Die drei Zweckverbände KDRS, KIVBF und KIRU vereinigen sich mit Wirkung ab 01.07.2018 zu einem gemeinsamen Zweckverband.
- (2) Die Bildung des GZV erfolgt durch die Vereinigung der bisherigen Zweckverbände:
 - Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS)
 - Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF)
 - Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU).
- (3) Der GZV trägt die Bezeichnung:
 - Zweckverband 4IT (Abkürzung 4IT).
- (4) Der Zweckverband 4IT nimmt seine Tätigkeit ab 01.07.2018 auf. Die Aufgaben sind in der Satzung definiert.

§ 8

Personal des Zweckverbands 4IT

Der Zweckverband 4IT soll sich zur Erledigung seiner Aufgaben des Personals der ITEOS oder der Mitgliedskommunen des Zweckverbands 4IT bedienen, sofern Interessenkonflikte ausgeschlossen werden können.

§ 9

Verfahren Vermögensbewertung /-ausgleich

Der Wert der eventuell eingebrachten stillen Reserven und stillen Lasten der zu vereinigenden Zweckverbände wird als Vermögensbestandteil der drei Zweckverbände in deren Ausgleichsrechnung zum 30.06.2018 berücksichtigt. Hierzu wird eine Substanzbewertung der Zweckverbände zum 30.06.2018 durchgeführt. Mit dem Beitritt ist das Vermögen einschließlich der Rechte und Pflichten der Zweckverbände im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die ITEOS übergegangen.

§ 10 **Finanzierung des Zweckverbands 4IT**

- (1) Der Zweckverband 4IT finanziert sich durch Umlagen. Diese dienen zur Finanzierung der Verwaltung der Beteiligung an der ITEOS.
- (2) Die Umlagen werden nach einem Umlageschlüssel entsprechend der Stimmzahl nach § 11 Abs. 2 ff. erhoben.

§ 11 **Organe des Zweckverbands 4IT**

- (1) Organe des Zweckverbandes 4IT sind:
 1. Verbandsversammlung
 2. Verwaltungsrat
 3. Verbandsvorsitzender.
- (2) Die Stimmen der einzelnen Mitglieder ergeben sich zum einen aus der fiktiv berechneten veredelten Einwohnerzahl, zum anderen aus ihrem Anteil am Umsatz des Vorjahres, soweit nicht Abs. 4 Anwendung findet.
- (3) Der Einwohner bezogene Stimmanteil ergibt sich aus der Einwohnerzahl der Mitglieder nach § 143 GemO, vervielfacht mit folgenden Faktoren
 - bei Gemeinden bis 7.500 Einwohner [0,9]
 - bei Gemeinden bis 20.000 Einwohner [1,0]
 - bei Großen Kreisstädten [1,1]
 - bei Stadtkreisen [1,4]
 - bei Landkreisen [0,4].Je angefangene 1.000 veredelte Einwohner gemäß Abs. 3 ergibt eine Stimme.
- (4) Der umsatzbezogene Stimmanteil ergibt sich aus dem Umsatz des Vorjahres multipliziert mit Faktor 2. Je angefangene 10.000,- € veredelter Umsatz ergibt 1 Stimme.
- (5) Die Stimmen der Mitglieder ohne Einwohner ermitteln sich nach Absatz 4.
- (6) Jedes Mitglied kann seine Stimmen nur einheitlich abgeben.
- (7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und 41 entsandten Vertretern.
- (8) In den Verwaltungsrat entsenden
 - a) aus dem Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KDRS 10 Mitglieder, davon

- 2 Vertreter aus der Gruppe der Gemeinden bis 7.500 Einwohner
 - 2 Vertreter aus Gemeinden bis 20.000 Einwohner
 - 2 Vertreter aus Großen Kreisstädten
 - 2 Vertreter aus Stadtkreisen
 - 2 Vertreter aus Landkreisen.
- b) aus dem Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KIRU 10 Mitglieder, davon
- 2 Vertreter aus Gemeinden bis 7.500 Einwohner
 - 2 Vertreter aus Gemeinden bis 20.000 Einwohner
 - 2 Vertreter aus Großen Kreisstädten
 - 2 Vertreter aus Stadtkreisen
 - 2 Vertreter aus Landkreisen.
- c) aus dem Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KIVBF 20 Mitglieder, davon
- 4 Vertreter aus Gemeinden bis 7.500 Einwohner
 - 4 Vertreter aus Gemeinden bis 20.000 Einwohner
 - 4 Vertreter aus Großen Kreisstädten
 - 4 Vertreter aus Stadtkreisen
 - 4 Vertreter aus Landkreisen.
- d) die Mitglieder, die keiner der fünf unter a) bis c) genannten Gruppen zuzuordnen sind, zwei (2) Vertreter.
- (9) Für jedes Mitglied des Verwaltungsrates ist ein Stellvertreter zu bestimmen.
- (10) Die zu entsendenden Vertreter nach Absatz 8 und ihre Stellvertreter nach Absatz 9 der in Absatz 8 lit. a) bis d) genannten Gruppen werden von der jeweiligen Gruppe benannt. Stehen einer unter Abs. 8 lit. a) bis d) genannten Gruppe mehr Vertreter zu als es Mitglieder in dieser Gruppe gibt, kann diese Gruppe auch ein Mitglied aus einer anderen Gruppe des gleichen ehemaligen Zweckverbandes als Vertreter für ihre Gruppe benennen. Das Verfahren zur Benennung der Vertreter und ihrer Stellvertreter obliegt den jeweiligen Gruppen.
- (11) **Verbandsvorsitzender**
- Der **Verbandsvorsitzende** sowie 3 Stellvertreter werden von der **Verbandsversammlung** auf die Dauer von jeweils 3 Jahren, bezogen auf ein

Kalenderjahr (01.01. bis 31.12.) gewählt. Davon abweichend beträgt die Amtszeit des zuerst gewählten Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter einmalig 3,5 Jahre und dauert bis 31.12.2021.

Für die Wahl des Verbandsvorsitzenden soll folgendes gelten:

1. Der Verbandsvorsitzende kommt nach untenstehender Reihenfolge im Wechsel zwischen den Regionen aus der Region:
 1. Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KIRU
 2. Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KIVBF
 3. Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KDRS
 4. Verbandsgebiet des bisherigen Zweckverbandes KIVBF.
 2. Seine drei Stellvertreter stammen jeweils aus den unter Abs. 9 Ziffer 1 aufgeführten Regionen.
 3. Die Region, die den ersten Verbandsvorsitzenden gestellt hat, stellt nachfolgend den dritten Stellvertreter nach Ablauf der nächsten Amtszeit den zweiten Stellvertreter und nach Ablauf dieser Amtszeit den ersten Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden.
 4. Scheidet ein Gewählter aus der Verbandsversammlung vorzeitig aus, so endet auch sein Amt als Verbandsvorsitzender oder Stellvertreter. Die Verbandsversammlung hat für den Rest der Amtszeit einen neuen Verbandsvorsitzenden oder Stellvertreter zu wählen. Diese kommen aus der gleichen Region, aus der die ausgeschiedene Person stammt.
- (12) Die Geschäftsführung des Zweckverbandes 4IT besteht aus einem Geschäftsführer. Dieser hat einen Verhinderungsvertreter
- Die Geschäftsführung und ihr Stellvertreter werden durch den Verwaltungsrat auf Vorschlag des Verbandsvorsitzenden gewählt.

Kapitel 3

Gemeinsame Betriebs-GmbH

Die drei kommunalen IT Zweckverbände streben die Errichtung der gemeinsamen Betriebs-GmbH so früh wie möglich an. Voraussetzung hierfür sind entsprechende Beschlüsse in den jeweiligen Verbandsversammlungen, mit denen im Mai 2018 gerechnet wird. Ziel ist eine Verschmelzung der bestehenden Betriebs-GmbHs rückwirkend zum 01.07.2018 zu vollziehen. Die gemeinsame Gesellschaft nimmt ihre Tätigkeit nach dem Notartermin zum Zeitpunkt der Bekanntmachung im Handelsregister auf.

§ 12

Bildung einer gemeinsamen Betriebs-GmbH

- (1) Die drei kommunalen IT Zweckverbände errichten rückwirkend mit Wirkung ab 01.07.2018 eine gemeinsame Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
- (2) Die Bildung der gemeinsamen Betriebs-GmbH erfolgt aus der Verschmelzung der bisherigen Gesellschaften:
 - IIRU GmbH
 - KRBF GmbH
 - RZRS GmbH.
- (3) Die neue GmbH trägt die Bezeichnung:
 - DIKO GmbH.
- (4) Die Aufgaben der GmbH sind im Verschmelzungsvertrag definiert und im Gesellschaftsvertrag fixiert.

§ 13

Personal

Bestehendes Personal der bestehenden Betriebs-GmbHs (RZRS und IIRU) wurde zum 31.12.2017 auf den entsprechenden Trägerzweckverband (KDRS und KIRU) übergeleitet. Die Aufgabenerledigung zwischen den bestehenden Betriebs-GmbHs ist ab dem 01.01.2018 durch Abschluss entsprechender Geschäftsbesorgungsverträge mit den Trägerzweckverbänden sicherzustellen. Die DIKO GmbH wird ihre Aufgabenerledigung ab dem 01.07.2018 mit einem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der ITEOS sicherstellen.

§ 14

Verfahren Vermögensbewertung /-ausgleich

Der Wert der eventuell eingebrachten stillen Reserven und stillen Lasten der zu verschmelzenden GmbHs wird als Vermögensbestandteil der drei Zweckverbände in deren Ausgleichsrechnung zum 30.06.2018 berücksichtigt. Hierzu wird eine Unternehmensbewertung der GmbHs auf den Verschmelzungstichtag durchgeführt. Ein Vermögensausgleich auf Ebene der GmbHs findet nicht statt sondern wird im Vorfeld zur Vermögenseinbringung in die AöR durchgeführt.

§ 15

Finanzierung der GmbH

- (1) Die drei Zweckverbände streben an, im Rahmen der Gründung die Gesellschaft mit ausreichend Eigenmitteln auszustatten. Die Gesellschafter gehen davon aus, dass keine Ausschüttung aus den vorhandenen Rücklagen oder sonstigen Eigenkapitalanteilen bis zur Errichtung der gemeinsamen Gesellschaft vorgenommen werden, und somit ausreichend Eigenmittel zum Zeitpunkt zur Verfügung stehen.
- (2) Gesellschafterdarlehen dürfen nur insoweit gewährt werden, als die dafür gewährten Zinsen marktüblich sind.
- (3) Die GmbH finanziert sich durch leistungsbezogene und marktübliche Preise sowie andere Erträge. Preise gegenüber der DA dürfen nicht höher als marktüblich sein.

§ 16

Organe der GmbH

- (1) Organe der Gesellschaft sind:
 - 1.1. Gesellschafterversammlung
 - 1.2. Geschäftsführer.
- (2) Alleingesellschafter ist die ITEOS.
- (3) Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird nach Bildung der ITEOS von dessen Vorstandsvorsitzenden kraft Amtes ausgeübt.

- (4) Für den Fall, dass der Vorstandsvorsitzende die Geschäftsführung der GmbH in Personalunion ausübt, übernimmt der Vorsitzende des Verwaltungsrats von ITEOS den Vorsitz der Gesellschafterversammlung.
- (5) Die Geschäftsführung der GmbH besteht aus einem Geschäftsführer. Dieser hat einen Verhinderungsvertreter.
- (6) Die Geschäftsführung und ihre Stellvertreter werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt.

Kapitel 4

DZ Entwicklungs- und Vertriebs-GmbH (DZ EVG)

§ 17

Fortbestand der DZ EVG

- (1) Die DZ EVG GmbH wird nach der Fusion der Zweckverbände KIRU, KDRS, KIVBF als Vertriebs GmbH mit stark reduziertem Umfang als 100% Tochter der ITEOS weitergeführt.
- (2) Ihre bisherigen Aufgaben gehen auf die ITEOS und die Betriebs-GmbH über.

§ 18

Personal

Bestehendes Personal der DZ EVG wurde zum 31.12.2017 auf die Datenzentrale übergeleitet. Die Aufgabenerledigung zwischen der DZ EVG GmbH ist ab dem 01.01.2018 durch Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Datenzentrale sicherzustellen. Die DZ EVG GmbH wird ihre Aufgabenerledigung ab dem 01.07.2018 mit einem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der ITEOS sicherstellen.

§ 19

Verfahren Vermögensbewertung /-vergleich

Der Wert der eventuell eingebrachten stillen Reserven und stillen Lasten der Entwicklungs- und Vertriebs-GmbH wird als Vermögensbestandteil der

Partner in deren Ausgleichsrechnung zum 30.06.2018 berücksichtigt. Hierzu wird eine Unternehmensbewertung der GmbH auf den Verschmelzungstichtag durchgeführt. Ein Vermögensausgleich auf Ebene der GmbH findet nicht statt sondern wird im Vorfeld zur Vermögenseinbringung in die AöR durchgeführt.

§ 20 Finanzierung der DZ EVG

- (1) Die ITEOS stellt sicher, dass die DZ EVG mit ausreichend Eigenmitteln ausgestattet ist
- (2) Gesellschafterdarlehen dürfen nur insoweit gewährt werden, als die dafür gewährten Zinsen marktüblich sind.
- (3) Die DZ EVG finanziert sich durch leistungsbezogene und marktübliche Preise sowie andere Erträge. Preise gegenüber der DA dürfen nicht höher als marktüblich sein.

§ 21 Organe der DZ EVG

- (1) Organe der DZ EVG sind:
 1. Gesellschafterversammlung
 2. Geschäftsführer
- (2) Alleingeschafter ist die ITEOS.
- (3) Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird nach Bildung der ITEOS vom Vorstandsvorsitzenden der ITEOS kraft Amtes ausgeübt.
- (4) Die Geschäftsführung der GmbH besteht aus einem Geschäftsführer. Dieser hat einen Verhinderungsvertreter.
- (5) Die Geschäftsführung und ihre Stellvertreter werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt.
- (6) Die Partner sind sich einig, dass die Geschäftsführung durch das weitere Mitglied des Vorstandes der ITEOS wahrgenommen wird.

Kapitel 5

endica GmbH

Vorbemerkungen

die 2013 gegründete Gesellschaft unterstützt im Rahmen der Daseinsvorsorge insbesondere kommunale Versorgungsunternehmen in den Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnik (Datenverarbeitung, Datenspeicherung, Datenübermittlung) sowie bei Prozess- und Bürodienstleistungen unterstützen. Durch die Beteiligung von weiteren Konsorten sollen die Unterstützung von kommunalen Versorgungs- und anderen Unternehmen im Bereich der Informationstechnik sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft weiter verbessert werden. Ein derartiges zentrales Konstrukt ist auch geeignet, besser als bisher auf den individuellen Geschäftszweck eines Branchenteilnehmers einzugehen und diesen zu fördern und zu unterstützen. Bei der Übernahme von HelpDesk Services und Kundenservices im Auftrag sowie die Übernahme von Geschäftsprozessen (Business Process Services) soll die Gesellschaft jedoch nur tätig werden, sofern diese nicht von den Konsorten oder den mit einem Konsorten verbundenen Unternehmen in Kooperation mit der Gesellschaft angeboten werden können. Der Gesellschaft sind mittlerweile 14 Kommunen bzw. deren kommunale Unternehmen beigetreten.

- Stadt Altensteig
- Stadt Bad Friedrichshall
- Stadt Baden-Baden
- Stadtwerke Bruchsal GmbH
- Stadtwerke Buchen GmbH & Co.KG
- Stadt Gaggenau
- Stadtwerke Karlsruhe GmbH
- Stadtwerke Mosbach GmbH
- Stadt Neckarsulm
- Gemeinde Niefern-Öschelbronn
- star.Energiewerke GmbH & Co. KG Rastatt
- Stadtwerke Walldorf GmbH & Co. KG
- Stadtwerke Weinheim GmbH
- Stadtwerke Wertheim GmbH.

§ 22

Fortbestand und Erweiterung der endica GmbH

- (1) Die endica GmbH betreut kommunale Unternehmen insbesondere in den Sparten Strom, Gas, Wasser im Bereich der Informationstechnik (Datenverarbeitung, Datenspeicherung, Datenübermittlung an beteiligte Stellen, sowie für Prozess- und Bürodienstleistungen.
- (2) Die Geschäftstätigkeit der endica GmbH beschränkt sich insbesondere auf Baden-Württemberg.

- (3) Die endica GmbH übernimmt zum 01.07.2018 die Betreuung der unter Abs. 1 genannten kommunalen Unternehmen der Zweckverbände KDRS und KIRU. Dazu werden die Bestandskunden der Entsorger-/Versorgerbranche nach dem 1.7.2018 in die endica GmbH überführt.

§ 23 Personal

Die endica GmbH beschäftigt eigenes Personal. Die Zuweisung von Beamten der ITEOS an die endica GmbH nach § 20 Abs. 1 BeamStG steht S. 1 nicht entgegen.

§ 24 Verfahren Vermögensbewertung /-ausgleich und Stammkapital

- (1) Das Stammkapital der endica GmbH beträgt EUR 500.000,00 (Stand 31.12.2016). Es ist eingeteilt in 100 Geschäftsanteile zu einem Nennbetrag von jeweils EUR 5.000,00. Der Zweckverband KIVBF hält 86% des Stammkapitals (EUR 430.000), die unter den Vorbemerkungen zu diesem Kapitel aufgeführten Gesellschafter halten jeweils 1% des Stammkapitals (EUR 5.000).
- (2) Jede Verfügung über Geschäftsanteile oder Teile von solchen (insbesondere Übertragungen, Verpfändungen, Nießbrauchsbestellungen, Einräumung von Unterbeteiligungen) bedarf, sofern mehr als ein Gesellschafter vorhanden ist, der Zustimmung der Gesellschafterversammlung mit einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Zustimmung zur Übertragung von Geschäftsanteilen an Dritte darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden.
- (3) Der Wert der eventuell eingebrachten stillen Reserven und stillen Lasten der endica GmbH wird als Vermögensbestandteil des Zweckverbands KIVBF in deren Ausgleichsrechnung zum 30.06.2018 berücksichtigt. Hierzu wird eine Unternehmensbewertung der GmbH auf den Verschmelzungstichtag durchgeführt. Ein Vermögensausgleich auf Ebene der GmbH findet nicht statt sondern wird im Vorfeld zur Vermögenseinbringung in die AÖR durchgeführt.

§ 25 **Finanzierung der endica GmbH**

- (1) Die Gesellschafter der endica GmbH stellen sicher, dass die Gesellschaft mit ausreichend Eigenmitteln ausgestattet ist.
- (2) Gesellschafterdarlehen dürfen nur insoweit gewährt werden, als die dafür gewährten Zinsen marktüblich sind.
- (3) Die endica GmbH finanziert sich durch leistungsbezogene und marktübliche Preise sowie andere Erträge.

§ 26 **Organe der endica GmbH**

- (1) Organe der endica GmbH sind:
 1. Gesellschafterversammlung
 2. Geschäftsführer.
- (2) Alle Beschlüsse der Gesellschaft werden mit einfacher Mehrheit der in der Gesellschafterversammlung abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag andere Mehrheitsverhältnisse vorgeschrieben sind. Sollte ein Gesellschafter mehr als 50 % aber weniger als 85% der Gesellschaftsanteile halten, bedarf es für die qualifizierte oder einfache Mehrheit, mit Ausnahme des Beschlusses über die Auflösung der Gesellschaft, zusätzlich zum Mehrheitserfordernis der Zustimmung von mindestens drei stimmberechtigten Gesellschaftern.
- (3) Die Gesellschafterversammlung bestimmt den Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung.
- (4) Die Geschäftsführung der GmbH besteht aus einem Geschäftsführer. Dieser hat einen Verhinderungsvertreter.
- (5) Die Geschäftsführung und ihre Stellvertreter werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt.

Kapitel 6:

Schlussbestimmungen

§ 27

Laufzeit dieser Vereinbarung

- (1) Die Laufzeit dieses Vertrages beträgt – mit Ausnahme des § 3 – 5 Jahre ab Zeitpunkt der Unterzeichnung. Die Regelungen des § 3 gelten 10 Jahre ab Zeitpunkt der Unterzeichnung.

§ 28

Loyalität

Die Partner sichern sich gegenseitig die loyale Erfüllung – unter anderem Beisteuerung von Knowhow – der in diesem Vertrag festgelegten Rechte und Pflichten zu.

§ 29

Vertraulichkeit

- (1) Bereits im Zuge der Verhandlungen werden gegenseitig vertrauliche Informationen und vertrauliche Dokumente übergeben. Als vertraulich gilt auch die Tatsache der Führung von solchen Gesprächen selbst.
- (2) Die Partner verpflichten sich gegenseitig, sämtliche Informationen und Dokumente, die sie vor oder nach einem Vertragsabschluss erhalten haben, vertraulich zu behandeln und zu keiner Zeit, weder direkt noch indirekt, offenzulegen oder zu veröffentlichen oder zum eigenen Nutzen oder zum Nutzen Dritter zu verwenden. Die Parteien werden ihre Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen entsprechend verpflichten.
- (3) Jeder Partner ist jederzeit nach einer entsprechenden Aufforderung des anderen Partners verpflichtet, übermittelte Dokumente und eventuell davon angefertigte Kopien oder hierauf basierende eigene Ausarbeitungen zurückzugeben oder zu vernichten bzw. zu löschen.

§ 30 **Schlussbestimmungen**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch den wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Regelungen zu ersetzen. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

<Ort>, den <DATUM>

Andreas Pelzner
Vorstandsvorsitzender
Datenzentrale Baden-Württemberg

Joachim Kischlat
Vorstand
Datenzentrale Baden-Württemberg

Bürgermeister Michael Lutz
Verbandsvorsitzender
Zweckverband Kommunale Daten-
verarbeitung Region Stuttgart

Landrat Stefan Dallinger
Verbandsvorsitzender
Zweckverband Kommunale Infor-
mationsverarbeitung Baden- Franken

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Fiedler
Verbandsvorsitzender Zweckverband
Kommunale Informationsverarbeitung
Reutlingen-Ulm

Andreas Pelzner, Joachim Kischlat
Geschäftsführer DZ EVGmbH

Andreas Majer, Joachim Kischlat
Geschäftsführer RZRS GmbH

William Schmitt, Geschäftsführer
KRBF GmbH

Manfred Allgaier, Geschäftsführer
IIRU GmbH

Albert Weber, Geschäftsführer
endica GmbH

Derzeit sind in den Verbandsgebieten KDRS, KIVBF und KIRU insgesamt ca. 60 Produkte mit teilweise unterschiedlicher Preisgestaltung, unterschiedlichen Leistungsinhalten und in Einzelfällen auch von unterschiedlichen Herstellern im Einsatz.

Die erforderliche Produkt- und Preisharmonisierung soll folgenden Zielvorgaben des Lenkungsausschusses der ITEOS folgen:

- Die gemeinsamen Preise entwickeln sich auf den jeweils niedrigsten, wirtschaftlich vertretbaren Produktpreis im DVV hin und werden so schnell wie möglich umgesetzt.
- Nach fünf Jahren sollen alle Produkte einen mindestens ausgeglichenen Deckungsbeitrag aufweisen. Insgesamt soll ein Überschuss von ca. 5% als Investitionskapital für Innovationen erwirtschaftet werden.
- Pauschale Kostensteigerungen im Aufwand werden in den kommenden fünf Jahren nicht in Form von Preiserhöhungen an die Mitglieder durchgereicht.
- Im Ergebnis soll kein Mitglied bei gleicher Abnahme schlechter gestellt werden als vor der Fusion (Aufgabenstand und Mengen 2016, Preise 2017)

Im 4IT-Projekt wurden in einem ersten Schritt anhand der 14 umsatzstärksten Produkte, die in allen Verbandsgebieten (in unterschiedlichen Ausprägungen) angeboten werden und dort ca. 75% des relevanten Produktumsatzes darstellen, die Auswirkungen der Preisharmonisierung auf die Mitglieder untersucht.

Um anschaulich darzustellen, wie sich die Fusion positiv auf die künftigen Preise auswirkt, wurde den fünf Kundensegmenten jeweils ein Bundle von typischen, weit verbreiteten und umsatzstarken Produkten zugeordnet (siehe Tabelle 1).

Produktauswahl je Kundensegment	bis 7.500 EW	bis 20.000 EW	Große Kreisstadt	Stadtkreis	Landkreis
	dvv.Finzen	dvv.Finzen	Ausländerwesen	Ausländerwesen	Ausländerwesen
dvv.Ordnungswid.	dvv.Ordnungswid.	dvv.Finzen	dvv.Finzen	dvv.Finzen	
dvv.Personal	dvv.Personal	dvv.Personal	KM-Fahrzeug	Fahrerlaubnis	
dvv.Standesamt	dvv.Standesamt	dvv.Standesamt	dvv.Standesamt	dvv.Personal	
KM-EWO	KM-EWO	KM-EWO	KM-EWO	KM-Fahrzeug	

Tabelle 1: Produktauswahl je Kundensegment (Bundle)

Die Auswahl der Produkte spiegelt die Kernaufgaben der jeweiligen Segmente sehr gut wider, weshalb sie auch geeignet ist, die positiven Fusionseffekte in Abhängigkeit der drei bisherigen Verbandsregionen aufzuzeigen. Die Ergebnisse der Analyse sind für die segmentspezifische Produktauswahl in Tabelle 2 zusammengefasst, s. unten.

Hierbei wurden die Preise für die ITEOS-Cloud bezogen auf die jeweilige Produktauswahl anteilig berücksichtigt. In der Tabelle wird die Situation vor der Fusion mit einer Situation ohne Fusion und einer Situation mit Fusion verglichen. Ohne die Fusion könnten die Kostensteigerungen von 1-2% nicht mehr kompensiert und darüber hinaus weitere Synergie-Effekte nicht erzielt werden.

KIVBF	Anzahl Mitglieder	Ø EW pro Segment	Ø Umsatz 2017 (IST) vor Fusion	Ø Umsatz 2022 ohne Fusion	Ø Umsatz 2022 mit Fusion
bis 7.500 EW	371	3.735	25.190 €	27.137 €	24.622 €
bis 20.000 EW	123	11.508	71.859 €	77.152 €	74.053 €
Gr. Kreisstadt	42	31.437	232.632 €	249.522 €	234.253 €
Stadtkreis	7	185.024	1.022.678 €	1.096.319 €	985.330 €
Landkreis	17	238.161	535.385 €	574.732 €	516.985 €

Tabelle 2: Auswertung des segmentspezifischen Bundles für die Region KIVBF, Gesamtvorteil durch Fusion im Mittel -8%.

Als Ergebnis dieser Betrachtung können schon heute folgende Aussagen bestätigt werden:

- Die Mitglieder in ITEOS haben Einspareffekte durch die Fusion, welche unmittelbar in den kommenden fünf Jahren spürbar werden. Zum einen durch die Vermeidung von Preissteigerungen in den kommenden Jahren und zum anderen sogar durch Preisreduktionen im Vergleich zum Status Quo.
- Nicht alle Produkte können günstiger werden, da sonst die Zielvorgaben zum positiven Deckungsbeitrag nicht eingehalten werden können. In Summe ergibt sich über das gesamte Produktportfolio in den jeweiligen Segmenten dennoch eine positive Bilanz bei allen Mitgliedern.
- Mitglieder mit großen Abnahmemengen und umfassender Nutzung des Produktportfolios von ITEOS haben größere Einspareffekte.

Die anstehende Fusion beinhaltet eine ganze Reihe von Chancen und signifikanten Synergiepotenzialen, die sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht seriös und vollumfänglich quantifizieren lassen, aber qualitativ vor allem mittel- und langfristig zu deutlichen Vorteilen für alle Mitglieder von ITEOS führen:

- Alle Einkaufsverhandlungen und Ausschreibungen können zukünftig gebündelt erfolgen und werden auf Grund einer insgesamt gestärkten Marktposition und höheren Abnahmemengen zu deutlich günstigeren Einkaufskonditionen führen.
- Bei den Verhandlungen mit SAP, Citrix und Versatel konnte dies schon zum signifikanten Vorteil für die Mitglieder von ITEOS praktiziert werden.
- Die Konsolidierung der Betriebsumgebungen auf die zwei Standorte Stuttgart und Karlsruhe inkl. der Integrationsschichten spart einerseits Produktionskosten und bildet andererseits die Grundlage für dauerhaft effiziente IT-Sicherheit mit integrierter und nachhaltiger K-Fall-Vorsorge.
- Die Fusion bietet bezogen auf das bestehende Produktportfolio aller Häuser die Chance, Vereinheitlichungen und Standardisierungen für ITEOS vorzunehmen. Dies muss überall dort geprüft werden, wo unterschiedliche Softwareprodukte für die gleiche Aufgabe zum Einsatz kommen.
- Durch die Fusion können Beratungs- und Supportleistungen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ITEOS zukünftig gemeinsam erbracht und im Zuge dessen konsolidiert werden. Einerseits entstehen dadurch Möglichkeiten, Personal einzusparen und dem demographischen Wandel entgegenzuwirken, andererseits bietet dies die Chance, benötigtes Spezialwissen zur Verbesserung der Serviceleistungen nachhaltig und gesichert vorzuhalten.
- Durch die Fusion können die Gemeinkosten insgesamt signifikant reduziert werden, was sich wiederum positiv auf die Preisbildung der Produkte auswirkt.

Konkret profitieren die Mitglieder von ITEOS bereits jetzt schon von umgesetzten Innovationen einzelner Häuser, die durch die Fusion nun flächendeckend in Baden-Württemberg eingesetzt werden können.

Auf Grund der besonderen Bedeutung sei hier die Cloud-Strategie (Schul- und BildungsCloud und ITEOS-Cloud) genannt. Die Schul- und BildungsCloud ist als landesweite Plattform mit Unterstützung des Landes gesetzt, wird punktuell bereits in Baden-Württemberg eingesetzt und steht nun kurz vor dem flächendeckenden Einsatz.

Die ITEOS-Cloud ist in der KIVBF-Region bereits für die meisten Kernverfahren erfolgreich im Einsatz (über 25.000 User) und kann nun in den Regionen KDRS und KIRU ebenfalls genutzt werden. Dies spart erhebliche Entwicklungszeiten und Rollout-Kosten, die für weitere Optimierungen und für die Entwicklung neuer effizienter IT-Konzepte genutzt werden können. Somit fällt die Gesamtbilanz für ITEOS ebenfalls positiv aus und liegt im Mittel bei etwa 8% Preisreduktion gegenüber einer Situation ohne Fusion.



NIEDERSCHRIFT

Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 9 Gemeinderäte	Schrifführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	632

TOP 9

Bausache:

Antrag auf Neubau von zwei Doppelhaushälften mit jeweils einer Einliegerwohnung, In den Winkelmatten 3 und 5

1. Beschlussantrag:

Das Einvernehmen zum Antrag auf Neubau von zwei Doppelhaushälften mit jeweils einer Einliegerwohnung auf Flst.Nrs. 6343 und 6347, Gemarkung Eschbach wird erteilt.

2. Aussprache:

BM Schlafke erläutert den Sachverhalt und verweist im Übrigen auf die Beschlussvorlage Nr. 2018-012. Er weist darauf hin, dass das Bauvorhaben nach Auffassung des Baurechtsamtes genehmigungsfähig sei. Die Gründe seien in Beschlussvorlage dargelegt.

GRat Isele bedauert, dass diese Informationen dem Gemeinderat in der Sitzung am 19.10.2017 nicht bekannt gewesen seien. Wäre das der Fall gewesen, wäre das Einvernehmen zum Baugesuch damals nicht versagt worden. Aus Gründen der Gleichbehandlung müsse das Einvernehmen erteilt werden.

3. Beschlussfassung:

Abstimmung (§ 37 Abs. 6 GemO)	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	0
offen: <input checked="" type="checkbox"/>	geheim: <input type="checkbox"/>	Enthaltungen: 0

4. Beschluss:

Das Einvernehmen zum Antrag auf Neubau von zwei Doppelhaushälften mit jeweils einer Einliegerwohnung auf Flst.Nrs. 6343 und 6347, Gemarkung Eschbach wird erteilt.



Gemeinderat 22. März 2018- öffentlich

Beschlussvorlage: Nr. 2018-012

Aktenzeichen:

Berichterstatter: HAL Müller

Anlage: sh. Beschlussvorlage Nr. 2017-071

**Bausache:****Antrag auf Neubau von zwei Doppelhaushälften mit jeweils einer Einliegerwohnung, In den Winkelmatten 3 und 5****1. Beschlusshistorie**

Gemeinderat	Öffentlich	19.10.2017
Gemeinderat	Öffentlich	22.03.2018

2. Sachverhalt:

Auf die Beschlussvorlage Nr. 2017-071 wird verwiesen.

Der Antragsteller beantragt den Neubau von zwei Doppelhaushälften mit jeweils einer Einliegerwohnung. Für das Bauvorhaben wurden Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes beantragt:

- Die Traufunterbrechung soll 3,59 m anstatt 3,00 m betragen. Der Abstand von 2,0 m zur Giebelfront wird dabei wie vorgeschrieben eingehalten und die Unterbrechung liegt deutlich unter der Hälfte der gesamten Dachlänge.
- Die Traufhöhe im Bereich der Traufhöhenunterbrechung soll um 1,39 m überschritten werden, um das Dachgeschoss besser ausnutzen zu können. Die Traufunterbrechung wird in Richtung Garten ausgeführt, somit bleibt der städtebauliche Eindruck der Straßenfront unberührt.
- Die Dacheindeckung soll in grau anstatt rot ausgeführt werden, wie das bei der Umgebungsbebauung auch schon der Fall ist.

Der Gemeinderat hatte dem Antragsteller in seiner Sitzung vom 19.10.2017 das Einvernehmen versagt, da der Bebauungsplan noch relativ neu ist und man sich einig war, nicht zu einem so frühen Zeitpunkt von den Festsetzungen des Bebauungsplanes abweichen zu wollen.

Zwischenzeitlich wurde der Bauantrag vom Baurechtsamt des Landratsamtes Breisgau-Hochschwarzwald nochmal geprüft.

Das Baurechtsamt sieht die vom Bauherrn beantragten Abweichungen als unbedenklich an, da diese innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes bereits mehrfach vorzufinden sind, teils sogar in unmittelbarer Nachbarschaft des Baugrundstücks. Für diese vorhandenen Überschreitungen wurde das Einvernehmen damals vom Gemeinderat erteilt.

Das Baurechtsamt empfiehlt der Gemeinde nochmals zu überprüfen, ob das Einvernehmen angesichts der bereits bestehenden Abweichungen im Baugebiet und unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes nicht doch erteilt werden kann.

3. Finanzielle Auswirkungen:

keine

4. Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen zum Antrag auf Neubau von zwei Doppelhaushälften mit jeweils einer Einliegerwohnung auf Flst.Nrs. 6343 und 6347, Gemarkung Eschbach wird erteilt.

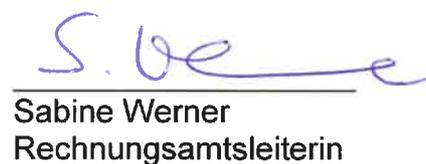
Eschbach, 13.03.2018



Mario Schlafke
Bürgermeister



Elke Müller
Hauptamtsleiterin



Sabine Werner
Rechnungsamtsleiterin



Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 9 Gemeinderäte	Schriftführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	632

TOP 10

Bausache:

Antrag auf Anbau eines Wintergartens an ein bestehendes Wohnhaus, Flst.Nr. 4643/3, Hauptstr. 89a

1. Beschlussantrag:

Das Einvernehmen zur Errichtung eines Wintergartens auf Flst.Nr. 4643/3, Gemarkung Eschbach wird erteilt.

2. Aussprache:

BM Schlafke erläutert den Sachverhalt und verweist im Übrigen auf die Beschlussvorlage Nr. 2018-019.

Es wird keine weitere Aussprache gewünscht.

3. Beschlussfassung:

Abstimmung (§ 37 Abs. 6 GemO)	Ja-Stimmen:	10	
	Nein-Stimmen:	0	
offen: <input checked="" type="checkbox"/>	geheim: <input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	0

4. Beschluss:

Das Einvernehmen zur Errichtung eines Wintergartens auf Flst.Nr. 4643/3, Gemarkung Eschbach wird erteilt.



Flurstück: 4643/3
Flur:
Gemarkung: Eschbach

Gemeinde: Eschbach
Kreis: Breisgau-Hochschwarzwald
Regierungsbezirk: Freiburg

5304926.13

3239998.90



BEI EINER WANDHÖHE BIS 6,25 m
BETRÄGT DIE ABSTANDSFLÄCHE (A 1) DAS
MINDESTMASS VON 2,50 m.
DIESES MINDESTABSTANDSFLÄCHE
WIRD EINHEITLICH ANGESETZT, DA
KEINE WANBDHÖHE GRÖßER 6,25 m IST.

ANBAU EINES WINTERGARTENS AN EIN BEST. WOHNHAUS
IN 79427 ESCHBACH, HAUPTSTRASSE 89a, FLST.NR.4643/3

LAGEPLAN

M. 1:500

SCHLATT, DEN 31.01.2018
DER PLANVERFASSER;

5304822.83

Maßstab 1:500

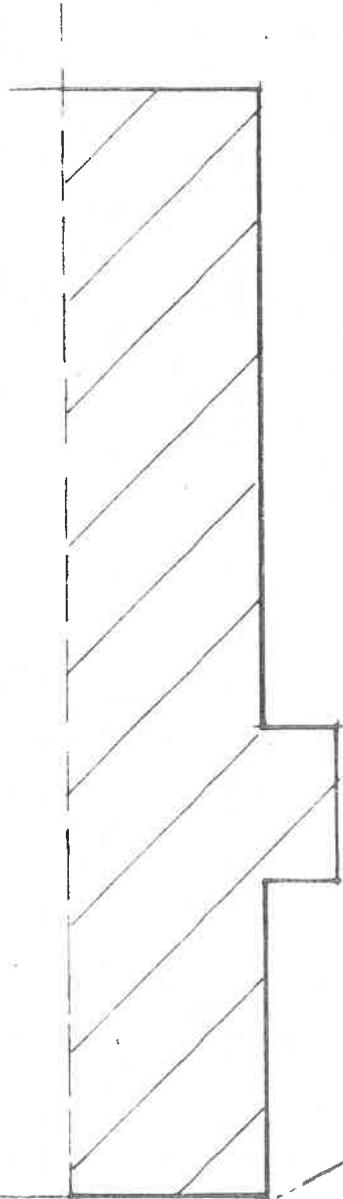
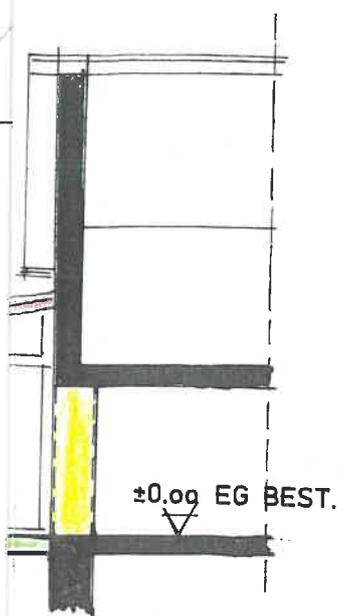
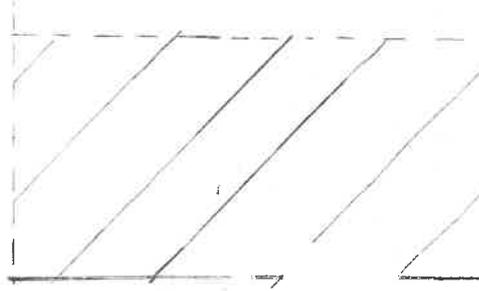


Darstellung entspricht dem Liegenschaftskataster -
Abweichungen gegenüber dem Grundbuch sind möglich.

Die Basisinformationen und Basisdaten des Liegenschaftskatasters unterliegen dem Verwendungs-
vorbehalt nach § 2 Abs. 3 und 4 des Vermessungsgesetzes vom 1. Juli 2004 (GBl. S. 489, 509),
zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. November 2010 (GBl. S. 989). Sie dürfen vom Empfänger
nur für den Zweck verwendet werden, zu dem sie übermittelt worden sind. Eine Verwendung für
andere Zwecke ist nur zulässig, wenn die Vermessungsbehörde eingewilligt hat.



lazarettstraße 33
79189 bad krotzingen/schlatt
telefon 07633 : 1010-66
telefax 07633 : 1010-77
e-mail rolf.rhino@t-online.de



-  BESTAND
-  ABBRUCH
-  NEU

ANBAU EINES WINTERGARTEN AN EIN BEST. WOHNHAUS
 IN 79427 ESCHBACH, HAUPTSTRASSE 89a, LGB.NR.4643/3

BAUHERR: RENATE GROCHOWSKI
 HAUPTSTRASSE 89 a
 79427 ESCHBACH

ERDGESCHOSS

M. 1:100

DER PLANVERFASSER: DER BAUHERR



rolf rhino
 freier architekt

lazarienstraße 33
 79189 bad krozingen/schlatt
 telefon 07633:1010-66
 telefax 07633:1010-77
 e-mail rolf.rhino@t-online.d

SCHLATT/ESCHBACH, DEN 31.01.2018



NIEDERSCHRIFT

Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 9 Gemeinderäte	Schriftführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	

TOP 11

Mitteilungen der Verwaltung

1. BM Schlafke teilt mit, dass das Landratsamt die Gesetzmäßigkeit des Haushalts 2018 betätigt habe. Das Landratsamt stelle der Gemeinde außerdem Mehreinnahmen in Höhe von rund 400.000 Euro in Aussicht. Dies läge an den aktualisierten Zahlen des Haushaltserlasses und der anderen Schlüsselzahlen, die der Verwaltung erst nach der Beschlussfassung des Haushalts zugegangen seien. Dies habe zur Folge, dass die geplante Rücklagenentnahme wahrscheinlich nicht notwendig werde.
2. Safer Traffic: Die VAG hat die Zahlen 2017 mitgeteilt: 168 Fahrgäste mit dem Fahrtziel Eschbach. Die Kosten pro Fahrgast betragen durchschnittlich 13,39 Euro. Daraus ergibt sich nach Abzug des Eigenanteils in Höhe von 4 Euro ein Kostenbeitrag für die Gemeinde Eschbach in Höhe von 2.248,91 Euro.
3. BM Schlafke teilt die vorläufige Zeitplanung für die Arbeiten im DG des Castells mit: Submission am 13.04. 2018, Vergabe der Arbeiten im GR 19.04.2018 (Submissionsergebnisse kommen als Tischvorlage). Baubeginn am 14.05.2018. Außerdem finde am Samstag 23.06.2018 eine Begehung des Castells durch die Architektenkammer statt.





NIEDERSCHRIFT

Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 9 Gemeinderäte	Schritfführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	

TOP 12

Anfragen an die Verwaltung

GRat Maier teilt mit, dass einige Bürger im Gewerbepark mit der letzten Wasserrechnung eine böse Überraschung erlebt hätten. Teilweise seien Nachzahlungen bis zu 15.000 Euro erhoben worden. Dies liege daran, dass der Gewerbepark seine Gebührensätze seit Jahren nicht angepasst habe. Er ist der Meinung, dass der Gewerbepark diesbezüglich erklärungs pflichtig sei.





NIEDERSCHRIFT

Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 9 Gemeinderäte	Schriftführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	

TOP 13

Einwohnerfragen

Es werden keine Fragen gestellt.





NIEDERSCHRIFT

Gremium:	Gemeinderat	öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung:	22.03.2018	nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>
Anwesend:	Bürgermeister und 9 Gemeinderäte	Schriftführerin:	Elke Müller
Vorsitzender:	Bürgermeister Mario Schlafke	Aktenzeichen:	

Die Richtigkeit der Niederschrift wird bestätigt.

Mario Schlafke
Bürgermeister

Dieter Maier

Elke Müller
Schriftführerin

Michael Riesterer

